

DIW

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97

Westliche Industrieländer:	
Langsame Erholung	407
Bundesrepublik Deutschland:	
Wachstum auf Sparflamme	415

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25-26/96

Berlin

Stöglin

27. Juni 1996

63. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97

Westliche Industrieländer: Langsame Erholung

Die westlichen Industrieländer scheinen ihren konjunkturellen Tiefpunkt durchlaufen zu haben. Während die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten nach dem „soft landing“ im vergangenen Jahr wieder rascher expandiert und sich auch die japanische Wirtschaft nach langer Stagnation spürbar erholt, deutet sich in Westeuropa eine konjunkturelle Wende erst zaghaft an. Im Verlauf dieses Jahres dürften hier zwar die gelockerten monetären Rahmenbedingungen wirksam werden. Eine nachhaltige Beschleunigung des Wachstums wäre aber nur möglich, wenn die Finanzpolitik von forcierten Konsolidierungsbemühungen Abstand nähme und die Geldpolitik noch expansiver würde. Die Wechselkursänderungen werden sich in Grenzen halten. Dies gilt einmal für den Kurs des Yen und der D-Mark gegenüber dem Dollar. Aber auch innerhalb des westeuropäischen Wechselkursgefüges haben sich die teilweise als Überreaktion zu bewertenden Kursänderungen vom Frühjahr 1995 inzwischen wieder zurückgebildet.

Deutliche Belebung in den USA

Nachdem die Konjunktur in den USA im vergangenen Jahr als Folge des monetären Bremskurses merklich an Schwung verloren hatte, belebt sie sich seit Jahresbeginn wieder. Die Industrieproduktion ist seit Anfang 1996 trotz widriger Witterungsbedingungen und Streiks in der Automobilindustrie deutlich gestiegen, und die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe hat sich erhöht (vgl. Schaubild 1). Starke Impulse gehen vor allem vom privaten Verbrauch aus. Aber auch die Investitionen expandieren mit höherem Tempo als zu Ende vergangenen Jahres. Die

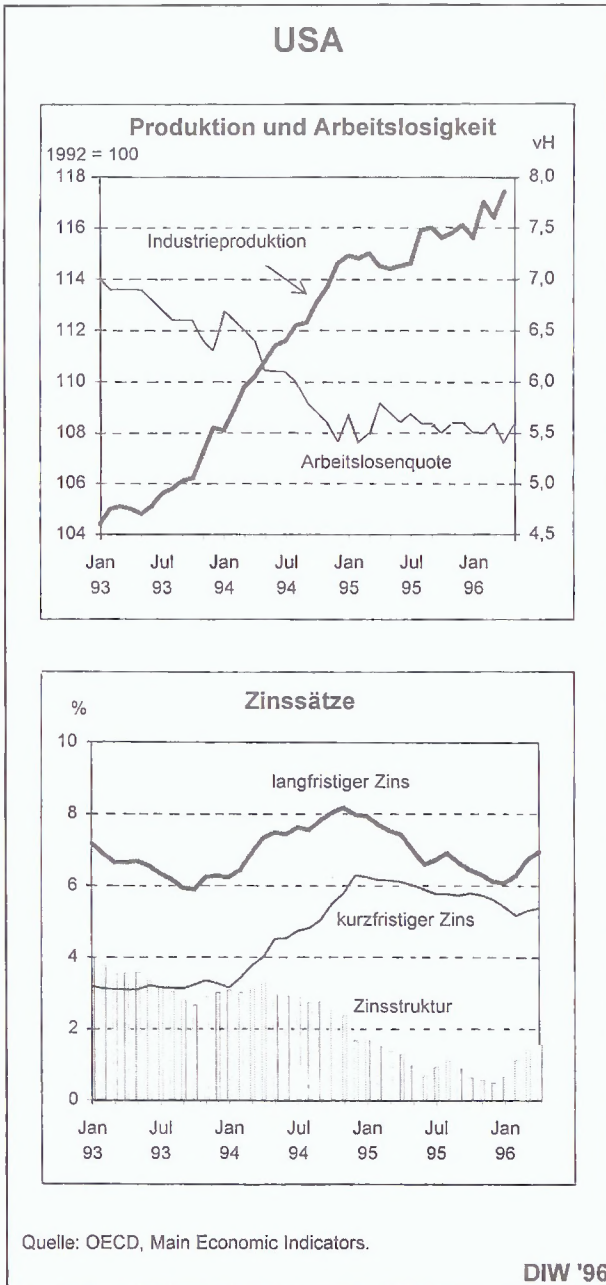
Ausfuhr nimmt weiterhin kräftig zu; doch bleibt die Importneigung hoch. Das außenwirtschaftliche Defizit hat sich nicht verringert.

Die Beschäftigung expandierte überaus rasch, nachdem sie im Verlauf des vergangenen Jahres nahezu stagniert hatte. Allerdings ging die Arbeitslosenquote nur noch geringfügig zurück, da die Zahl der Erwerbsspersonen merklich stieg; offenbar vermindert sich nunmehr die Stille Reserve. Dieser Zustrom an Arbeitskräften trägt dazu bei, daß die Lohnentwicklung immer noch moderat verläuft, wengleich sich der Anstieg der Stundenlöhne im privaten Sektor seit Mitte vergangenen Jahres mit einer Rate von etwas über 3 vH leicht beschleunigt hat. Bei ruhigerem Preisklima sind nach langer Zeit wieder geringe reale Lohnzuwächse zu verzeichnen.

Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes machte weitere Fortschritte. Der Fehlbetrag verminderte sich im vergangenen Jahr auf gut 160 Mrd. US-Dollar, das sind etwas mehr als 2 vH des BIP¹. Mit der wieder kräftigeren Konjunkturentwicklung sollte sich der Abbau beschleunigen. Die Geldpolitik hat bis Anfang dieses Jahres ihren Kurs weiter gelockert (vgl. Schaubild 1). Dies führte zu sinkenden Zinsen am kurzen Ende. Seit Jahresbeginn sind jedoch die

¹ Dieser Wert ist das gesamte Haushaltsdefizit des Bundes, einschließlich der sog. Off-Budget Überschüsse. Diese Abgrenzung entspricht zwar nicht dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zeigt aber die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Bund an. Auf der Ebene der Bundesstaaten und der Kommunen waren weiterhin Überschüsse zu verzeichnen.

Schaubild 1



langfristigen Zinsen um fast einen Prozentpunkt gestiegen. Hierin spiegelt sich die bessere Konjunktur in Form höherer Erträge und die Erwartung einer weniger expansiven Geldpolitik mit höheren kurzfristigen Zinsen wider. Dabei dürften sich auch die Inflationserwartungen geringfügig nach oben verschoben haben. Die aktuelle Stärke des US-Dollars auf den Devisenmärkten deutet jedoch darauf hin, daß sie noch keine entscheidende Rolle spielen. Es wird trotzdem erwartet, daß die amerikanische Zentralbank noch im Laufe dieses Jahres eine Kurskorrektur vollzieht und die Leitzinsen erhöht. Für diesen Wechsel spricht, daß sich die Situation am Arbeitsmarkt außerordentlich günstig entwickelt. Bei einer für amerikanische

Verhältnisse bereits sehr niedrigen Arbeitslosenquote von etwa 5½ vH dürfte es bald zu ausgeprägteren Lohnsteigerungen kommen. Um der Gefahr einer nachhaltigen Beschleunigung des Preisauftriebs zu begegnen, die bereits durch entsprechende Erwartungen ausgelöst werden kann, wird die Zentralbank vermutlich frühzeitig reagieren.

Dennoch ist im Verlauf dieses Jahres mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionen zu rechnen. Erst im Verlauf des nächsten Jahres dürften sie sich in Reaktion auf die höheren Zinsen abschwächen. Vom privaten Verbrauch werden angesichts der guten Beschäftigungslage und der steigenden Lohnsätze starke Impulse sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr ausgehen. Mit der Aufwertung des US-Dollars wird sich die Ausfuhr wohl etwas schwächer ausweiten als im vergangenen Jahr. Die Importneigung wird hoch bleiben, so daß sich der Außenbeitrag noch weiter passivieren dürfte. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt 1997 um gut 2½ vH wachsen, nach reichlich 2 vH in diesem Jahr.

Erholung in Japan

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans ist im ersten Halbjahr 1996 aufwärts gerichtet (vgl. Schaubild 2). Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe hat sich weiter verbessert. Bis zuletzt wurde die Produktionserhöhung von der starken Ausweitung der öffentlichen Nachfrage getragen. Dieses hohe Expansionstempo der öffentlichen Ausgaben läßt sich allerdings angesichts einer Defizitquote der öffentlichen Hand von rund 5 vH des BIP nicht unbegrenzt fortsetzen. Aufgrund des deutlich gesunkenen Außenwertes des Yen dürften die allmählich abnehmenden staatlichen Nachfrageimpulse von wieder stärker steigenden Exporten abgelöst werden. Der reale effektive Außenwert des Yen hat innerhalb der letzten zwölf Monate um gut ein Fünftel abgenommen und liegt zur Zeit etwa auf dem Niveau vom Frühjahr 1993. Diese Entwicklung und die weitere Expansion des privaten Verbrauchs werden die privaten Investitionen stimulieren.

An der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung war die zuletzt expansive Geldpolitik — mit 0,5% war der Diskontsatz auf einem historischen Tiefstand — maßgeblich beteiligt (vgl. Schaubild 2). Zu Beginn der Erholungsphase konnte die Geldpolitik angesichts rückläufiger Erzeugerpreise allerdings noch nicht greifen. Hier bedurfte es insbesondere der expansiven Finanzpolitik. Mit der Stabilisierung der Preisentwicklung — Erzeuger- und Verbraucherpreise sinken zur Zeit nicht weiter — wirkte zunehmend die geldpolitische Expansion; privater Konsum und private Anlageinvestitionen wurden angeregt und die Exporte durch den relativ „weichen“ Yen gefördert. Für dieses Jahr ist ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2 vH, im nächsten Jahr um 2½ vH zu erwarten. Daß die Zuwachsraten nicht noch höher ausfallen, ist im wesentlichen auf die anstehende Konsolidierung der öffentlichen

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1994 in vH		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise ³⁾		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Deutschland	10,3		1,9	0,5	1,5	1,7	1,0	1,0	2,0	1,5	1,5
Frankreich	6,7	16,0	2,2	1,25	1,75	2,0	1,5	1,5	1,7	2,0	2,0
Italien	5,1	10,1	3,0	1,5	1,5	2,3	2,0	1,5	5,4	4,5	4,0
Großbritannien	5,1	10,7	2,4	1,75	2,5	1,7	1,5	2,5	3,4	3,0	3,0
Spanien	2,4	4,2	3,0	2,0	2,5	3,2	2,5	2,5	4,6	3,5	3,5
Niederlande	1,7	10,2	2,4	1,5	2,5	2,4	1,5	2,5	2,0	1,5	2,0
Belgien	1,2	9,0	2,0	1,5	2,0	1,5	1,5	1,0	1,4	2,0	2,0
Schweden	1,0	2,9	3,0	1,0	2,5	1,6	0,5	2,0	2,5	2,0	2,5
Österreich	1,0	7,6	1,8	1,0	2,0	2,9	1,0	2,0	2,3	1,5	2,0
Dänemark	0,7	2,5	2,6	1,5	2,5	4,6	2,5	3,0	2,0	2,0	2,5
Finnland	0,5	1,0	4,2	2,5	2,5	4,5	4,0	3,0	1,0	1,5	2,0
Griechenland	0,5	1,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	9,3	7,0	6,0
Portugal	0,4	1,1	1,9	2,5	2,5	2,2	2,5	2,5	4,1	2,5	3,0
Irland	0,3	0,6	7,5	5,0	4,0	6,5	4,0	3,0	2,4	1,0	1,5
EU	36,9		2,4	1,3	1,9	2,1	1,5	1,7	2,9	2,5	2,5
EU ohne Deutschland	26,6		2,6	1,6	2,1	2,3	1,8	2,0	3,2	2,8	2,8
EU ohne Deutschland ⁴⁾		77,0	2,4	1,5	2,1	2,3	1,6	1,9	2,8	2,5	2,6
Schweiz	1,3	7,1	0,7	0,5	2,0	2,5	1,0	2,0	1,8	1,0	1,5
Norwegen	0,6	1,2	3,7	3,0	3,0	3,9	2,5	3,0	2,5	1,5	2,0
Europäische Industrieländer	38,8		2,4	1,3	1,9	2,2	1,5	1,7	2,9	2,4	2,4
Europäische Industrieländer ohne Deutschland	28,5		2,5	1,6	2,1	2,3	1,7	2,0	3,2	2,7	2,8
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ⁴⁾		85,3	2,3	1,4	2,1	2,3	1,6	2,0	2,7	2,4	2,5
USA	34,8	10,4	2,0	2,0	2,5	2,1	2,5	3,0	2,8	3,0	3,5
Kanada	2,8	0,8	2,3	1,5	2,0	1,2	0,5	1,5	2,2	3,0	3,5
Japan	23,6	3,5	0,9	2,0	2,5	1,6	2,5	2,0	-0,1	0,5	1,0
Außereuropäische Industrieländer	61,2		1,6	2,0	2,5	1,9	2,4	2,6	1,7	2,0	2,5
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		14,7	1,8	2,0	2,5	1,9	2,4	2,7	2,1	2,4	2,9
Insgesamt	100,0		1,9	1,7	2,3	2,0	2,1	2,2	2,1	2,2	2,5
Insgesamt ohne Deutschland	89,7		1,9	1,8	2,4	2,0	2,2	2,4	2,1	2,3	2,6
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾		100,0	2,2	1,5	2,2	2,3	1,7	2,1	2,6	2,4	2,6

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Für Deutschland Preisindex des privaten Verbrauchs. — ⁴⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1994.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Haushalte zurückzuführen. Die Ausfuhr expandiert kräftig. Die Einfuhr wird aber 1996 noch stärker als der Export zunehmen und sich erst im nächsten Jahr abschwächen. Das Wirtschaftswachstum wird noch nicht ausreichen, um den Arbeitsmarkt nennenswert zu entlasten.

**Allmähliche Überwindung der Stagnation
in Westeuropa**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa wird in den Sommermonaten wohl ihren Tiefpunkt erreichen. Die

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Deutschland	1,7	1,5	1,0	2,1	1,0	-0,5	1,5	-1,0	1,5	3,8	3,5	5,0	2,7	3,5	3,0
Frankreich	1,8	1,5	1,5	0,9	1,0	0,5	2,6	1,0	2,5	6,0	2,5	4,0	5,2	2,5	3,0
Italien	1,7	1,5	1,0	-0,5	-0,5	0,5	5,9	3,5	1,5	11,6	2,5	4,5	9,6	5,5	4,0
Großbritannien	2,3	2,5	2,0	0,9	0,5	0,5	-0,7	2,0	3,0	5,7	1,5	2,5	3,1	1,5	2,0
Spanien	1,8	2,0	2,0	0,9	0,0	0,0	8,4	4,0	3,5	9,3	4,0	4,0	9,7	5,0	4,5
Niederlande	2,1	2,0	2,0	0,5	2,0	1,5	4,9	2,0	3,0	6,1	2,5	3,5	6,5	2,5	3,5
Belgien	2,0	1,5	1,0	1,0	0,0	0,5	4,0	2,5	1,5	4,0	3,0	4,0	3,5	3,0	3,0
Schweden	0,3	1,0	1,5	-2,2	0,0	0,5	10,6	3,0	4,0	11,4	3,0	4,0	8,7	2,0	3,5
Österreich	1,9	1,0	2,0	2,1	1,0	1,0	2,3	2,0	3,0	5,0	3,0	3,5	7,1	2,5	3,0
Dänemark	2,3	2,0	2,0	0,2	1,0	1,0	11,0	3,0	4,0	1,0	2,0	3,5	5,4	4,5	4,5
Finnland	4,2	2,5	2,0	1,1	0,0	1,0	8,1	5,0	4,0	7,6	3,0	4,5	9,6	7,5	6,0
Griechenland	1,5	1,5	1,5	1,0	0,0	1,0	8,0	5,0	5,0	4,0	3,0	4,5	3,5	3,0	4,0
Portugal	2,5	2,0	2,0	1,5	2,0	1,5	4,0	3,0	4,0	5,5	2,5	3,5	5,0	2,0	3,5
Irland	4,0	4,0	3,0	3,0	3,0	2,5	8,0	6,0	5,0	9,0	5,5	5,5	8,0	4,5	4,5
EU ¹⁾	1,9	1,7	1,5	1,0	0,6	0,3	3,3	1,3	2,3	6,2	2,8	4,0	5,3	3,2	3,2
EU ohne Deutschland ¹⁾	1,9	1,8	1,6	0,5	0,5	0,6	4,1	2,4	2,7	6,9	2,6	3,8	6,1	3,1	3,3
Schweiz	0,2	0,5	1,0	-0,1	0,5	1,0	5,3	1,0	2,0	2,8	1,5	2,5	6,4	2,0	2,5
Norwegen	2,7	2,0	2,5	0,6	1,5	2,0	5,1	5,0	5,0	3,7	3,5	4,0	4,1	2,0	4,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	1,8	1,7	1,5	0,9	0,7	0,3	3,4	1,4	2,3	6,0	2,8	4,0	5,3	3,1	3,2
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ¹⁾	1,9	1,8	1,6	0,5	0,5	0,6	4,2	2,4	2,7	6,6	2,6	3,7	6,0	3,0	3,3
USA	2,4	2,5	3,0	-0,3	-0,5	0,5	5,3	4,0	4,5	8,3	7,0	7,5	8,0	7,5	10,0
Kanada	1,4	1,0	2,5	-0,7	-2,0	0,0	-0,1	2,5	3,5	12,0	9,5	9,0	8,7	8,0	8,0
Japan	1,6	1,5	2,5	2,0	0,0	-0,5	0,8	4,0	2,5	5,0	5,0	8,0	13,5	11,0	5,5
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	2,1	2,1	2,8	0,3	-0,5	0,2	2,8	3,9	3,4	7,7	6,7	7,9	9,5	8,5	8,6
Insgesamt ¹⁾	2,0	1,9	2,3	0,6	0,1	0,3	3,0	3,0	3,0	6,7	4,3	5,5	6,9	5,2	5,3
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,0	2,0	2,4	0,4	-0,1	0,4	3,2	3,5	3,2	7,1	4,4	5,5	7,6	5,5	5,7

¹⁾ Gewichte 1994 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

insgesamt negativen Effekte, die seit dem Frühjahr 1995 von den starken Wechselkursveränderungen in Europa ausgingen, laufen allmählich aus. Die Geldpolitik ist expansiver geworden, so daß die Zinsstruktur merklich positiv wurde. Die kurzfristigen Zinsen fielen deutlich. Teilweise sind die europäischen Zentralbanken über das von der Deutschen Bundesbank vorgegebene Tempo hinaus-

gegangen, ohne daß dies wesentliche Wechselkursspannungen hervorgerufen hätte. Dagegen sind die forcierten Bemühungen der Finanzpolitik, die Haushaltsdefizite zu senken, in der gegenwärtigen Konjunkturlage als kontraproduktiv einzustufen. Zwar wird auch hier häufig mit den positiven Wirkungen sinkender Kapitalmarktzinsen argumentiert, die bei einer (erfolgreichen) Konsolidierung auf-

Tabelle 3

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾				
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit										
	in Landeswährung													in SZR
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996
Deutschland	8,4	3,0	6,0	3,3	1,5	1,5	6,4	2,0	4,5	1,3	1,0	0,0	8,3	2,1
Frankreich	3,6	4,0	5,5	3,8	3,0	3,0	1,3	2,5	3,5	1,5	1,5	1,0	6,5	4,0
Italien	12,6	7,5	7,5	4,4	5,0	4,0	9,3	5,5	5,5	1,4	3,5	2,5	-5,3	11,0
Großbritannien	4,0	9,0	11,5	3,7	3,0	3,0	1,6	7,0	8,5	1,2	1,0	0,5	-1,6	1,7
Spanien	10,8	7,0	8,0	5,5	5,5	4,5	7,6	4,5	5,5	2,5	3,5	2,0	3,9	8,1
Niederlande	4,6	3,5	6,5	4,0	3,5	3,5	2,2	2,0	4,0	1,6	2,0	1,0	8,7	3,2
Belgien	4,5	3,5	5,0	4,0	3,5	3,5	2,5	2,0	3,0	2,0	2,0	1,5	9,2	3,2
Schweden	19,5	1,5	10,5	4,5	3,5	4,0	16,0	0,5	7,5	1,5	2,5	1,5	3,6	10,0
Österreich	9,3	9,0	7,0	3,8	3,5	3,5	7,3	8,0	5,0	1,9	2,5	1,5	9,0	3,7
Dänemark	3,3	4,0	6,5	5,1	4,0	4,5	0,6	2,5	3,5	2,4	2,5	2,0	9,7	4,7
Finnland	15,9	3,0	3,5	7,6	4,5	5,0	11,2	0,5	1,0	3,3	2,0	2,5	16,6	1,2
Griechenland	14,5	10,0	9,0	10,5	7,5	7,0	12,0	8,0	6,5	8,5	5,5	5,0	7,3	4,3
Portugal	8,5	5,5	6,5	6,0	5,5	5,0	6,5	3,0	3,5	4,0	3,0	2,5	8,6	4,8
Irland	14,0	9,5	9,0	6,5	4,5	4,0	6,5	4,5	5,0	-0,5	-0,5	0,0	0,5	1,6
EU ³⁾	8,2	5,6	7,3	4,0	3,1	3,0	5,1	3,4	4,9	1,6	1,8	1,0	5,0	4,2
EU ohne Deutschland ³⁾	8,1	6,3	7,6	4,3	3,8	3,6	4,7	3,9	5,0	1,7	2,1	1,4	3,9	4,9
Schweiz	3,5	4,5	4,5	3,5	3,0	3,0	3,0	4,0	2,5	3,0	2,5	1,0	12,4	4,9
Norwegen	8,0	5,0	6,5	5,0	5,0	5,0	4,0	2,0	3,5	1,0	2,0	2,0	6,2	4,4
Europäische Industrieländer ³⁾	8,0	5,5	7,2	4,0	3,1	3,0	5,0	3,4	4,8	1,6	1,8	1,1	5,3	4,2
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ³⁾	7,9	6,2	7,5	4,3	3,8	3,6	4,6	3,8	4,9	1,7	2,1	1,4	4,4	4,9
USA	6,9	6,5	4,0	5,0	5,0	6,0	4,8	4,5	1,5	2,9	3,0	3,5	-2,9	6,6
Kanada	9,0	3,5	6,0	3,0	4,0	5,0	6,6	2,0	3,5	0,7	2,5	3,0	-5,4	5,8
Japan	3,2	4,0	4,5	1,6	2,0	2,5	2,3	2,0	2,0	0,8	0,0	0,0	3,4	-8,0
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	5,6	5,4	4,3	3,6	3,8	4,6	4,2	3,2	2,0	1,8	1,8	2,1	-1,0	1,1
Insgesamt ³⁾	6,6	5,5	5,5	3,8	3,6	4,0	4,7	3,3	3,7	1,7	1,8	1,5	2,9	3,0
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	6,5	5,7	5,5	3,8	3,8	4,3	4,4	3,5	3,6	1,8	2,0	1,7	2,0	3,2

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1994 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1994 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

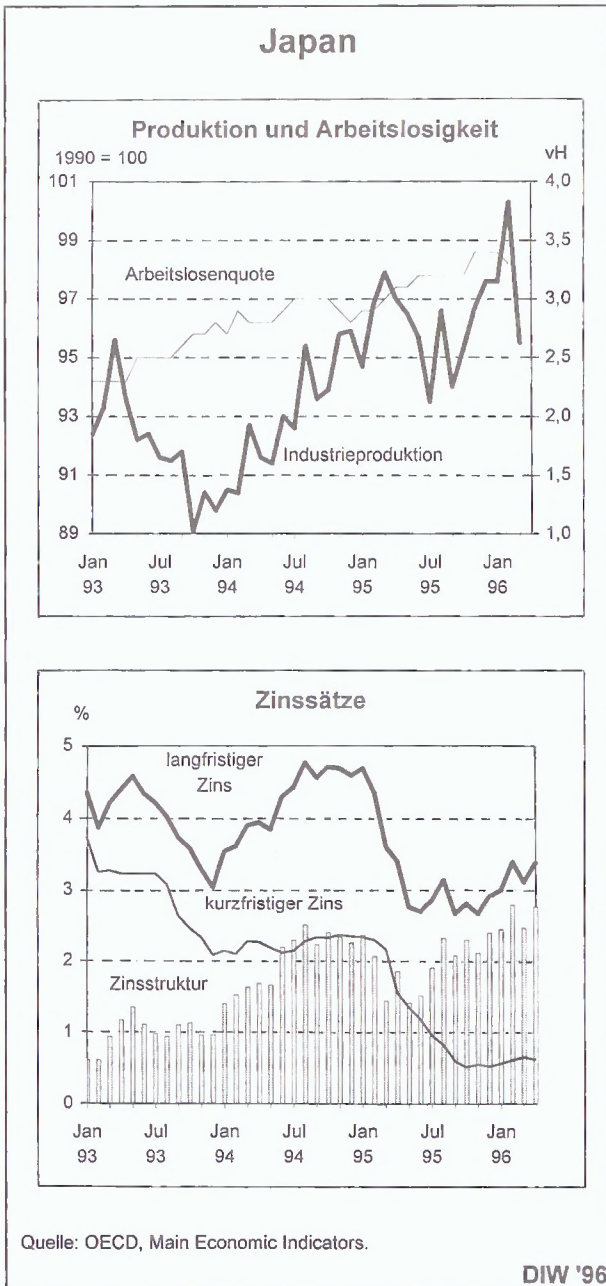
Quellen: OECD Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

träten. Indes ist die Gefahr groß, daß sich ein solcher Effekt unter den gegenwärtigen Bedingungen allein über eine weitere Dämpfung der Konjunktur einstellt und damit die Konsolidierung selbst in Frage gestellt wird. Eine Entschärfung des Arbeitslosenproblems ist nicht in Sicht, denn

auch für 1996/97 kann nur mit geringen Wachstumsraten gerechnet werden.

Am engsten verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist *Frankreich*. Auf einen kurzen und kräftigen Aufschwung 1993/94 folgte eine deutliche Kon-

Schaubild 2



junkturabschwächung im Verlauf des Jahres 1995 (vgl. Schaubild 3). Hierbei kam es in Frankreich im Gefolge der Währungsturbulenzen vom Frühjahr 1995 zu einem spürbaren Anstieg der kurzfristigen Zinsen. Danach gingen die Zinsen am kurzen Ende allerdings wieder zurück; in den letzten Monaten gelang es der französischen Geldpolitik sogar, das Zinsdifferential gegenüber Deutschland zu verringern, ohne daß es zu Wechselkursspannungen kam. Während die gesunkenen Zinsen nunmehr anregend auf die Konjunktur wirken, wird der Konsolidierungskurs der Finanzpolitik fortgesetzt und versucht, die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen durch Einsparungen auf der Ausgabenseite auszugleichen.

Im Spannungsfeld dieser Politikkonstellation befindet sich die französische Wirtschaft in einer schwierigen Phase. Zwar gab es im ersten Quartal dieses Jahres einen kräftigen Anstieg des privaten Verbrauchs, jedoch dürfte dieser insbesondere eine Reaktion („Nachholeffekt“) auf den Nachfrageausfall während der großen Streiks im November/Dezember 1995 sein. Immerhin haben sich die Auftragseingänge stabilisiert und die Produktionsaussichten verbessert. Hierzu tragen der insgesamt wieder lebhaftere Welthandel und die relativ gute Wettbewerbsposition der französischen Wirtschaft bei. Wegen des konjunkturdämpfenden finanzpolitischen Kurses wird es allerdings zu keinem nachhaltigen Aufschwung kommen. Zudem ist die Zunahme der real verfügbaren Masseneinkommen gering,

Schaubild 3

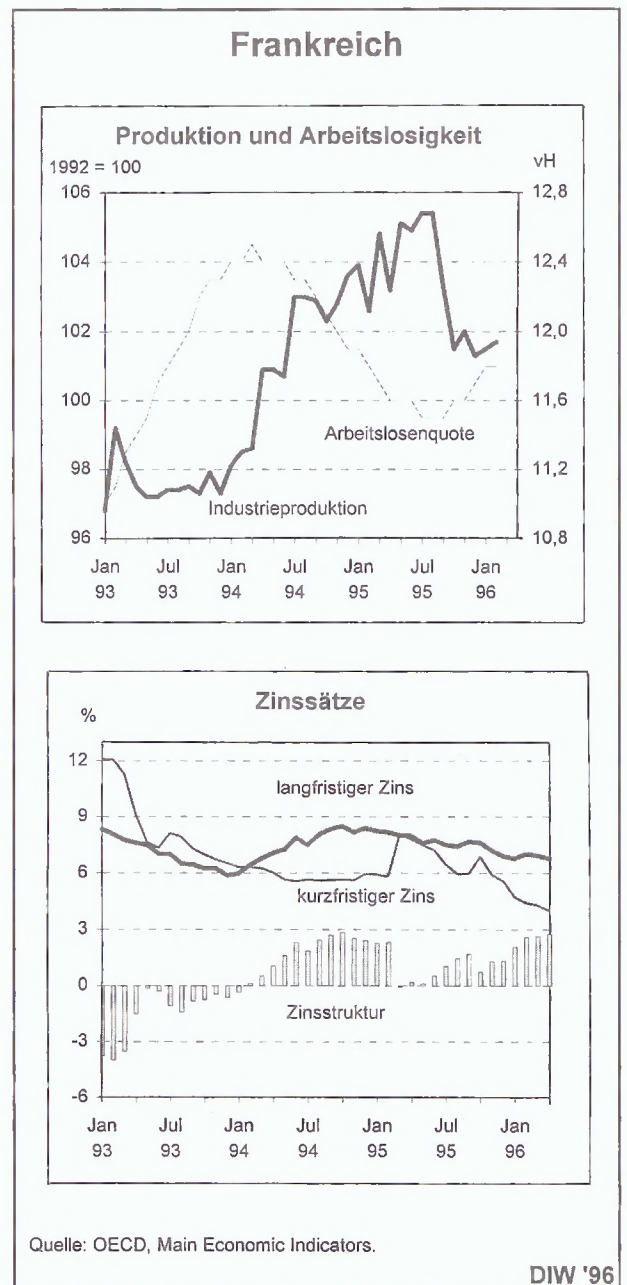
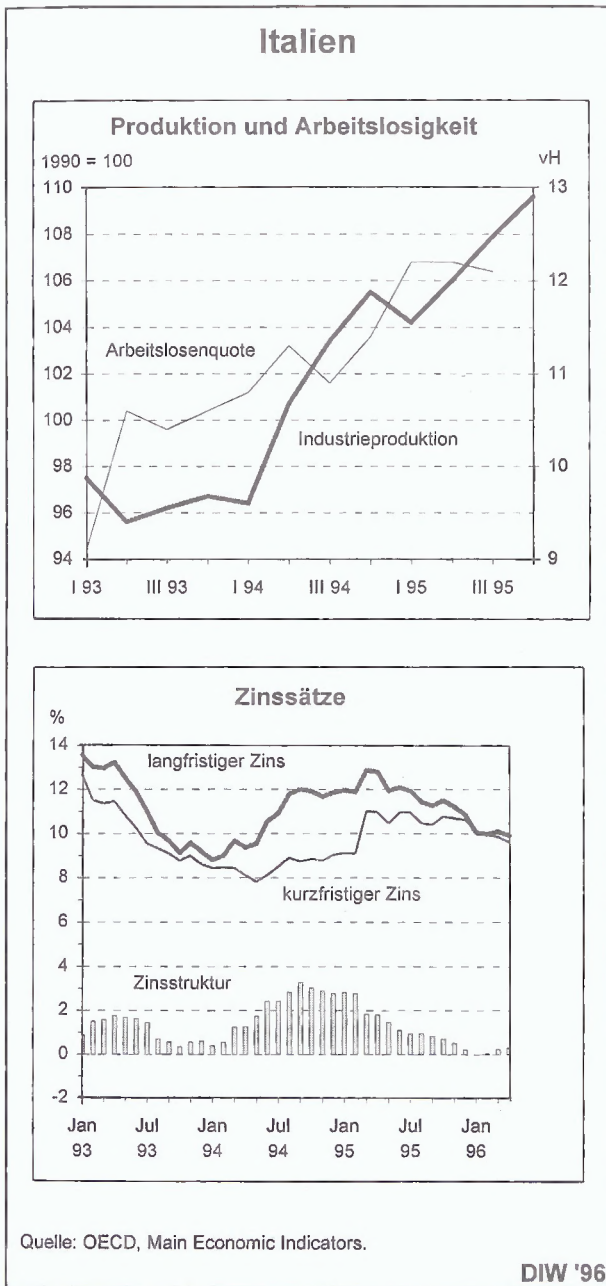


Schaubild 4

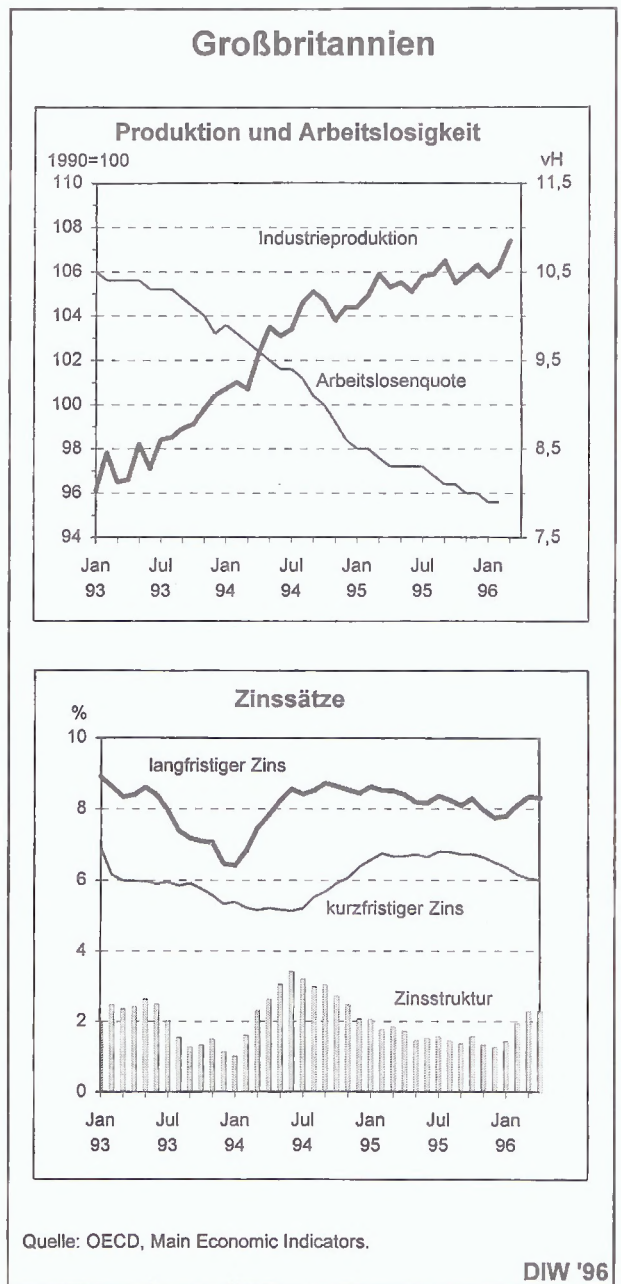


so daß der private Verbrauch lediglich verhalten steigt. Deshalb werden auch die Investitionen nur moderat expandieren. Nach einem Wirtschaftswachstum von 1¼ vH in diesem Jahr ist 1997 eine Rate von etwa 1¾ vH wahrscheinlich. Dabei wird sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtern. Der Preisanstieg bleibt in beiden Jahren mit etwa 2 vH gedämpft.

Anders ist die Konstellation in *Italien*. Vor allem aufgrund der kräftigen Abwertung der Lira im Frühjahr letzten Jahres waren die Exporte noch einmal kräftig gestiegen, so daß das Wirtschaftswachstum höher als in den meisten westeuropäischen Ländern war (vgl. Schaubild 4). Für die Ver-

langsamung der Konjunktur in diesem Jahr ist neben der europäischen Wachstumsschwäche die Wirtschaftspolitik in Italien verantwortlich. Schon seit vielen Jahren suchte die Finanzpolitik den Anteil des Defizits der öffentlichen Haushalte am Sozialprodukt auf unter 10 vH zu drücken. Wegen der relativ günstigen Konjunktur ist dies auch gelungen. Der Versuch, die Konsolidierung auch bei merklich abgeschwächtem Wachstum fortzusetzen, gefährdet indes die aufwärts gerichtete konjunkturelle Entwicklung, zumal auch die Geldpolitik restriktiver geworden ist. Insgesamt gehen von der Geld- und Fiskalpolitik ausschließlich restriktive Wirkungen aus. Die Wachstumsaussichten für

Schaubild 5



1996 und 1997 sind mit jeweils etwa 1½ vH bescheiden. Gleichzeitig dürfte sich der Preisanstieg auf 4 vH reduzieren und damit dem der anderen großen europäischen Industrieländer deutlich näherkommen. Dies sollte die Geldpolitik zur Lockerung ihres Kurses veranlassen.

Relativ am günstigsten ist die wirtschaftliche Situation in *Großbritannien*, das sich mit seinem wirtschaftspolitischen Kurswechsel nach dem Rückzug aus dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems in mancher Hinsicht von der Wirtschaftspolitik in Kontinentaleuropa absetzte. Mit niedrigerem Pfundkurs und raschen Zinssenkungen gelang es, die Wirtschaft auf Expansionskurs zu bringen (vgl. Schaubild 5). Von Bedeutung war auch, daß die Finanzpolitik die überwiegend konjunkturell bedingte Erhöhung der Defizite, die 1993 bis auf knapp 8 vH anstiegen, hinnahm. Mit der Verstärkung des Aufschwungs gelang eine rasche Konsolidierung. Bis 1995,

also innerhalb von nur zwei Jahren, wurde die Defizitquote auf etwa 4½ vH des BIP reduziert. Mit dieser Wirtschaftspolitik gelang es Großbritannien, die konjunkturelle Abschwächung in Westeuropa im letzten Jahr verhältnismäßig gut zu überstehen.

Sollte die Finanzpolitik weiterhin auf restriktive Maßnahmen verzichten und die geplanten steuerlichen Erleichterungen umsetzen, schafft sie unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen gute Voraussetzungen für eine Belebung des Wachstumsprozesses. Das Wirtschaftswachstum wird für 1996 auf 1¼ vH geschätzt, während es im kommenden Jahr 2½ vH betragen und damit abermals am oberen Rand der Entwicklung in den großen westeuropäischen Volkswirtschaften liegen dürfte. Die Inflationsrate wird sich voraussichtlich noch etwas — auf ungefähr 3 vH — abschwächen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich nur wenig verbessern.

Bundesrepublik Deutschland: Wachstum auf Sparflamme

In Deutschland hat die Wirtschaft im Winterhalbjahr einen herben Rückschlag erlitten. Auch wenn man berücksichtigt, daß der sehr kalte Winter die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland stark beeinträchtigt hat, zeigt das magere Ergebnis, daß der Wachstumsprozeß bereits nach eineinhalb Jahren zum Stillstand gekommen ist. Damit steht Deutschland noch etwas schlechter da als das übrige Westeuropa. Dies ist vor allem auf den Aufwertungseffekt zurückzuführen, der in Deutschland stärker als anderswo war und der die Exporte überdurchschnittlich traf. Dadurch wurde auch die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Das Arbeitsvolumen war rückläufig, und die Arbeitslosigkeit stieg. Besonders gravierend ist, daß die ostdeutsche Wirtschaft — die auch sechs Jahre nach der wirtschaftlichen Einigung noch keineswegs auf eigenen Beinen steht — von dem konjunkturellen Rückgang nicht verschont geblieben ist: Zu den extremen strukturellen Schwierigkeiten gesellen sich nun auch konjunkturelle Probleme, so daß ein „selbsttragender“ Aufholprozeß ferner denn je scheint.

Die konjunkturelle Stockung kam keineswegs überraschend. Sie ist Folge des weltweiten Zinsanstiegs im Jahre 1994 und der kräftigen realen Aufwertung der D-Mark bis zum ersten Quartal 1995 (vgl. Schaubilder 1 bis 7). Daran gemessen dürfte der Tarifabschluß in der Metallindustrie im Frühjahr 1995 von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung für die wirtschaftliche Flaute gewesen sein, wengleich er zu hoch war.

Schaubild 6

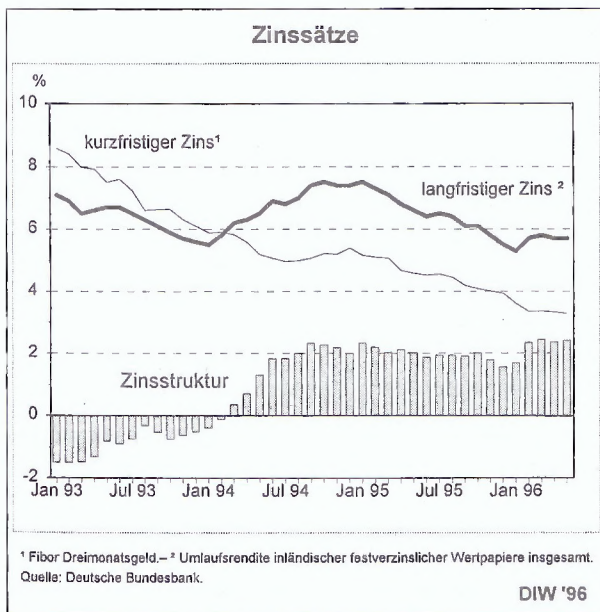
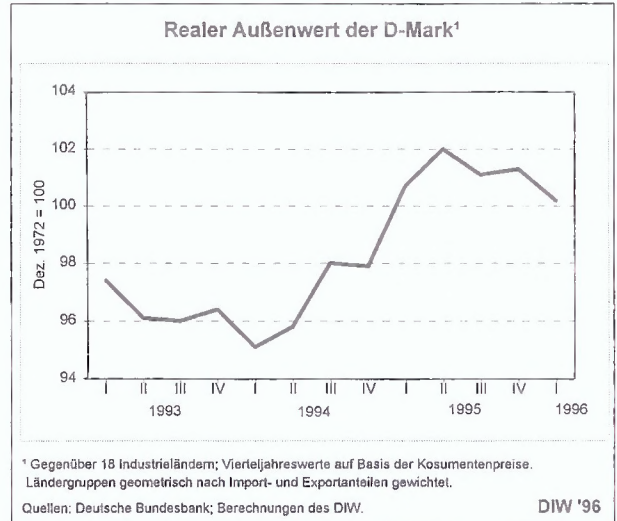


Schaubild 7



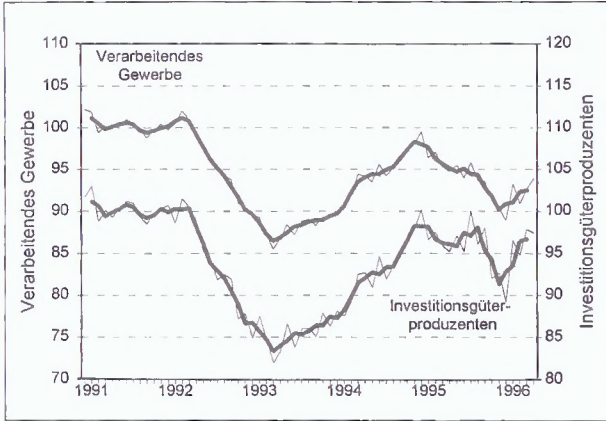
Das schlechte Ergebnis im Winterhalbjahr ist insbesondere auf die Investitionstätigkeit zurückzuführen. Vor allem die Bauinvestitionen waren rückläufig, wobei der extrem kalte und lange Winter zusätzlich dämpfend wirkte. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich ausgesprochen schwach: Nach nur kurzer und wenig ausgeprägter Erholung sind sie seit Frühjahr 1995 tendenziell geschrumpft. Auch vom Außenhandel gingen per saldo bis zuletzt real keine Impulse aus. Allein die Konsumausgaben — private wie öffentliche — stützten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dabei wurde der private Verbrauch durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene steuerliche Freistellung des Existenzminimums und die Erhöhung des Kindergeldes angeregt. Die Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung und die Einschränkungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wirkten diesem positiven Effekt allerdings entgegen.

Die aktuelle Entwicklung der Auftragseingänge in der Industrie — insbesondere der aus dem Ausland — deutet zwar darauf hin, daß es in den kommenden Monaten zu keinem weiteren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion kommen wird (vgl. Schaubilder 8 und 9). Es wäre aber vermessen, in der leichten Erholung der Auftragseingänge bereits die Vorboten für einen dauerhaften Aufschwung zu sehen. Hiervon ist die Wirtschaft noch weit entfernt, denn gegenwärtig ist nicht erkennbar, von welcher Seite starke Impulse kommen könnten, die eine solche Entwicklung stützen würden. Zu einem Teil reflektieren die jüngsten Auftragseingänge aus dem Inland lediglich die Anstrengungen, die Produktionsausfälle des letzten Winters in den witterungsabhängigen Sektoren zu kompensie-

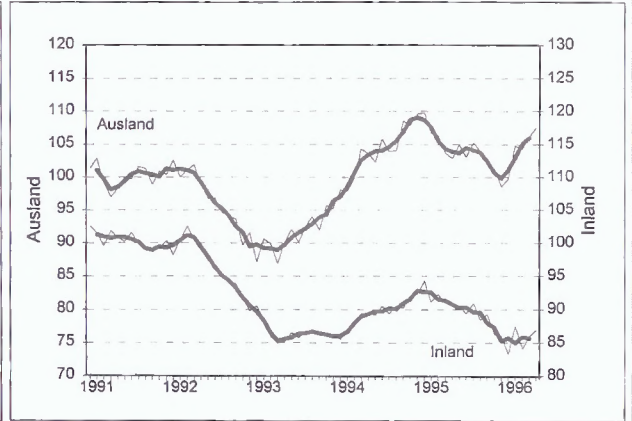
Schaubild 8

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

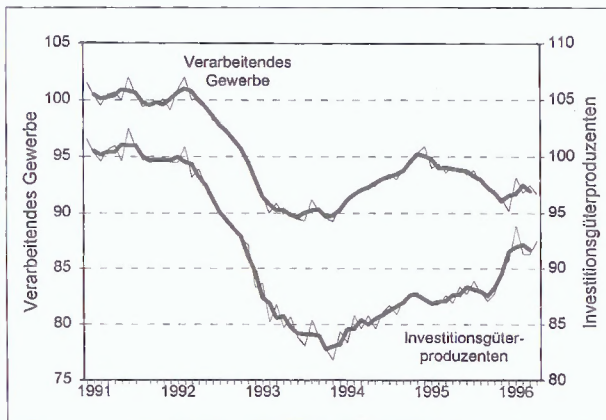
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)¹



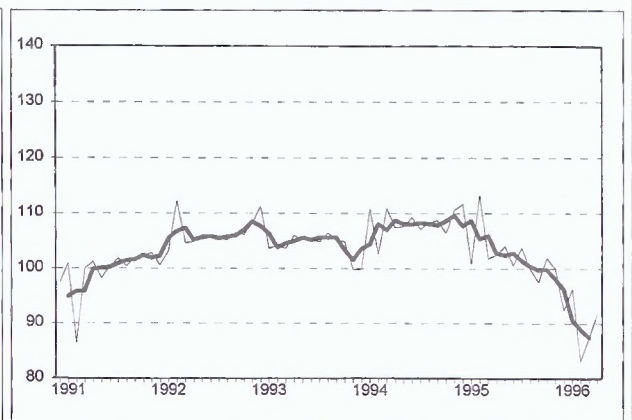
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)¹



Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten¹



Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe insgesamt¹



¹ Index 1991 = 100; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

ren. So hat sich das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe bisher nicht gebessert, und die Kapazitätsauslastung war bis zuletzt rückläufig. Allein die Bestellungen aus dem Ausland vermitteln eine günstigere Perspektive.

Alles in allem bestätigt die Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf weitgehend die pessimistische Einschätzung, die das DIW zum Jahresbeginn² sowie im Rahmen der Frühjahrsprognose der Forschungsinstitute³ abgegeben hatte. In diesem Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur um gut ein halbes Prozent wachsen (vgl. Schaubild 10). Aber auch diese Rate kann nur erreicht werden, wenn sich die Produktion in der zweiten Jahreshälfte belebt. In Ostdeutschland wird sich die reale Zunahme voraussichtlich auf 2 vH abschwächen, für Westdeutschland wird die Rate auf ein halbes Prozent geschätzt.

Auch für das nächste Jahr ist nur mit einer mäßigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu rechnen. Nach Schätzung des DIW wird das Bruttoinlandsprodukt um lediglich 1 bis 1,5 vH steigen. Dabei werden die Raten in Ostdeutschland erstmals niedriger sein als im Westen. Damit wäre — vorerst jedenfalls — der Aufholprozess in Ostdeutschland zum Erliegen gekommen.

Keine Belebung des Verbrauchs in Sicht

Retardierende Einflüsse werden im weiteren Verlauf dieses Jahres und auch 1997 vom privaten Verbrauch ausge-

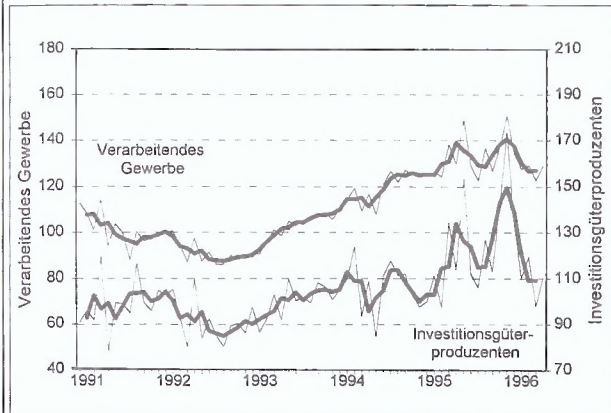
² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/96.

³ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/96.

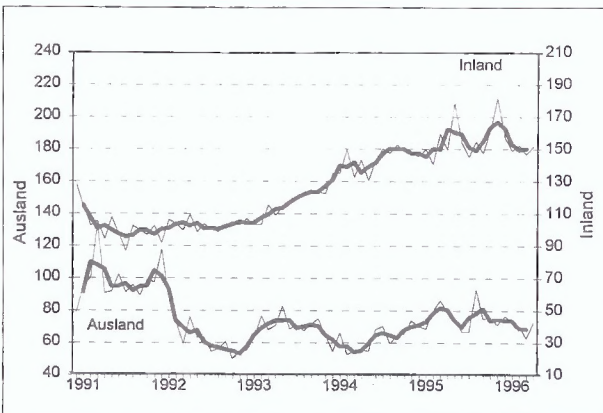
Schaubild 9

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

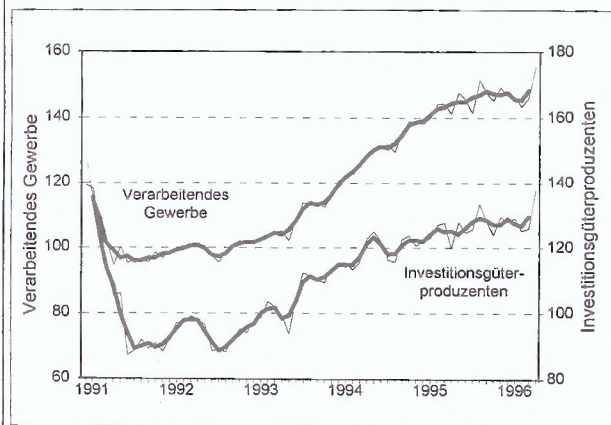
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe
und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)¹⁾



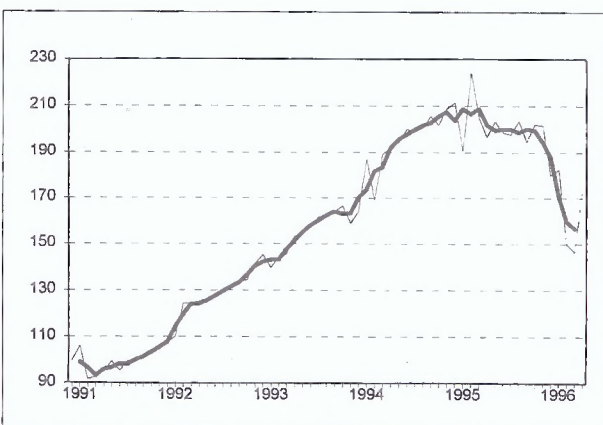
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe
aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)¹⁾



Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten¹⁾



Produktionsindex für das
Bauhauptgewerbe insgesamt¹⁾



¹⁾ Index 1991 = 100; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '96

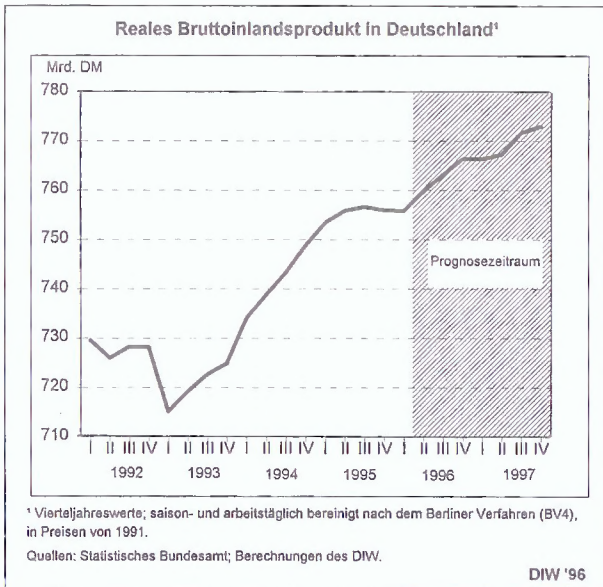
hen. Weder die Entwicklung der Lohneinkommen noch der Transfereinkommen lassen eine nennenswerte Expansion erwarten. Auch die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand wirken restriktiv. Ob es zu einer neuerlichen, den Verbrauch stützenden Senkung der Sparneigung der privaten Haushalte kommt, ist offen: Die ungünstigen Arbeitsmarktperspektiven lassen eher das Gegenteil befürchten; andererseits sehen sich viele Haushalte in Anbetracht der rückläufigen Realeinkommen gezwungen, ihre Ersparnisse zu verringern, wenn sie das bisherige Konsumniveau aufrechterhalten wollen. In der Prognose wird für 1997 ein nochmaliger Rückgang der Sparquote — etwa um einen halben Prozentpunkt auf 11,3 vH des verfügbaren Einkommens — unterstellt. Trotz dieser optimistischen Annahme dürfte der private Konsum in konstanten Preisen allenfalls um 1 vH ausgeweitet werden. Auch der

Staatsverbrauch wirkt restriktiv; in realer Rechnung wird er voraussichtlich sogar schrumpfen.

Ausfuhr gewinnt an Schwung

Die Auftragseingänge aus dem Ausland nähren die Hoffnung, daß sich die Exporttätigkeit in den kommenden Monaten beleben wird. Wechselkursbedingt und gemessen an den Lohnstückkosten sind die deutschen Unternehmen international inzwischen wieder wettbewerbsfähiger geworden; langsam gewinnen sie Marktanteile zurück. In der Prognose ist unterstellt, daß der reale Außenwert der D-Mark weitgehend unverändert bleiben wird, so daß die Exporttätigkeit von dieser Seite nicht gehemmt wird. Auch 1997 kann mit kräftigen Zuwächsen der Ausfuhr in den asiatisch-pazifischen Raum und nach Mittel- und Ost-

Schaubild 10



europa gerechnet werden; auf dem US-amerikanischen Markt sind die Aussichten ebenfalls günstig. Der überwiegende Teil der exportierten Güter wird indes in die Länder der EU geliefert, und dort läßt die nur schwache Konjunktur keine lebhaftere Entwicklung der Ausfuhren erwarten. Wenn wie in dieser Prognose für 1997 ein Zuwachs der realen Ausfuhren von 5 vH unterstellt wird, so ist dies eine optimistische Sicht. Infolge der nur schwachen inländischen Wirtschaftsentwicklung wird die Importtätigkeit eher gedämpft bleiben. Der Außenbeitrag wird sich damit wieder vergrößern, so daß sich in realer Rechnung ein Überschuß ergibt.

Fehlende Investitionsdynamik

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland ist, wann und in welchem Ausmaß sich eine Investitionsdynamik entfalten wird.

Tabelle 4

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,9	0,5	1,5	1,6	0,5	1,5	5,6	2,0	1,0
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	34 864	34 535	34 450	28 458	28 160	28 100	6 406	6 375	6 345
Arbeitslose (1000 Personen)	3 612	3 930	4 015	2 565	2 760	2 810	1 047	1 170	1 210
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	9,4	10,2	10,4	8,3	8,9	9,1	14,0	15,5	16,0
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,5	1,5	1,8	1,5	1,5	2,1	2,0	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵⁾ (Mrd. DM)	-122,7	-136,0	-122,5	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁶⁾ (Mrd. DM)	-24,9	-20,8	-7,5	—	—	—	—	—	—

¹⁾ In Preisen von 1991. — ²⁾ Im Inland. — ³⁾ Deutschland: Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), West- und Ostdeutschland: Anteil an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose). — ⁴⁾ West- und Ostdeutschland: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Deutschland: Preisniveau des privaten Verbrauchs. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, 1995 ohne die Einnahmen wegen der Übernahme des Kapitals der deutschen Kreditbank in Höhe von 5,6 Mrd. DM sowie ohne die an den Unternehmenssektor geleisteten Vermögensübertragungen in Höhe von 234,6 Mrd. DM wegen der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft. — ⁶⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW; 1996 und 1997 Prognose des DIW, Angaben gerundet.

Für die *Ausrüstungsinvestitionen* liefern die aktuellen Rahmenbedingungen ein zwiespältiges Bild. So signalisiert die Kapazitätsauslastung der Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft⁴ mit derzeit 84,7 vH keine Engpässe, die die Unternehmen kurzfristig zu einer Erweiterung ihres Kapitalstocks veranlassen könnten: Das Niveau liegt um 2 Prozentpunkte unterhalb des Durchschnitts von 1989 bis 1995 und nur um 0,7 Prozentpunkte oberhalb des Auslastungsgrades zu Beginn des Aufschwungs 1994.

Entscheidend ist, wie die Unternehmer die zukünftigen Absatzchancen einschätzen. Der Volumenindex der Auftragseingänge aus dem *Inland* im verarbeitenden Gewerbe für Deutschland insgesamt zeigt keine Verbesserung der gegenwärtigen Lage: Der Indikator ist seit Ende 1994 rückläufig und hat inzwischen das Niveau von Ende 1993 erreicht. Immerhin scheint er sich am aktuellen Rand zu stabilisieren. Diese Einschätzung wird bestätigt durch die Beurteilung der zukünftigen Geschäftslage durch die Unternehmer im ifo Konjunkturtest vom April; sie hat sich erst zuletzt etwas verbessert. Diese Stagnation der Erwartungen spiegelt die Verunsicherung vieler Investoren wider. Sie hatten den Aufschwung 1994 als nachhaltiger eingeschätzt und an dieser Vorstellung noch im ersten Halbjahr 1995 festgehalten. Die Enttäuschung über die Kurzlebigkeit des jüngsten Aufschwungs dürfte den Investoren noch in Erinnerung sein, so daß sie heute eher abwarten.

Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Deutschlands ist der Volumenindex der Auftragseingänge aus dem Inland seit Anfang des Jahres zwar tendenziell nach oben gerichtet. Die Hoffnung auf Impulse aus dem Inland dürfte aber darüber hinaus nicht groß sein: Die zu erwartende Entwicklung der Masseneinkommen verheißt keinen

Anstieg des privaten Verbrauchs, der eine Ausweitung des Kapitalstocks notwendig erscheinen ließe. Andererseits bringt die moderate Lohnentwicklung eine Entlastung bei den Lohnstückkosten mit sich. Sofern die Produktion aber nicht stärker anspringt und die Spielräume für Preissteigerungen begrenzt bleiben, sind auch die Erwartungen über künftige Stückgewinne nicht so günstig, daß es zu einer kräftigen Belebung der Ausrüstungsinvestitionen im nächsten Jahr kommen wird (vgl. Schaubild 11).

Um so mehr gewinnt die Frage nach den Absatzchancen auf den *ausländischen* Märkten an Bedeutung. Der Volumenindex der Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und speziell im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe nimmt seit dem vierten Quartal des letzten Jahres so stark zu wie zu Beginn des Aufschwungs 1994. Ein Blick auf die Entwicklung des realen Außenwertes der D-Mark erklärt zumindest einen Teil dieser Nachfragedynamik (vgl. Schaubild 7). Die Abwertung gegenüber 18 Industrieländern seit den Devisenmarkturbulenzen im Frühjahr 1995 bedeutet eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten im Vergleich zu der Situation im Jahr 1995 insgesamt, nicht jedoch im Vergleich zur Lage im Jahr 1994⁵. Deshalb müssen noch andere positive Faktoren als die Abwertung der D-Mark für die gestiegene Auslandsnachfrage eine Rolle spielen.

So ist zu vermuten, daß die der internationalen Konkurrenz ausgesetzten deutschen Anbieter in der Rezession 1992/1993 und im Gefolge der Aufwertung bis zum ersten Quartal 1995 so stark rationalisiert und Preiszugeständnisse gemacht haben, daß ihre heutige Wettbewerbsposition trotz höheren realen Wechselkurses besser ist als 1994. Die Zunahme der Nachfrage aus dem Ausland wäre somit Folge von Marktanteilsgewinnen deutscher Anbieter. Von dem Wiederbeginn eines europäischen Investitionsaufschwungs könnte dann freilich noch nicht die Rede sein.

Könnte es sich aber auch um mehr als nur ein Nullsummenspiel innerhalb Europas handeln? Eine Antwort geben die monetären Rahmenbedingungen in Europa. Die Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen ist gegenwärtig bei den wichtigsten europäischen Handelspartnern Deutschlands ähnlich groß (Italien) oder sogar größer (Frankreich, Großbritannien) als Anfang 1994, und zwar im Gegensatz zu damals bei praktisch stagnierenden (Großbritannien) bzw. fallenden (Frankreich, Italien) langfristigen Zinsen (vgl. Schaubilder 3 bis 5). Zudem besteht die positive Zinsspanne nun schon wesentlich länger als am Ende der Rezession 1993 — in Frankreich und Deutschland gab es ja Anfang 1994 keine Verzögerung zwischen der Norma-

Schaubild 11



⁴ In Deutschland insgesamt.

⁵ Damals betrug der reale Außenwert der D-Mark im Jahresdurchschnitt 96,5 Punkte, während er nach einem Wert von 102,7 im März 1995 derzeit bei 100 Punkten liegt.

lisierung der Zinsstruktur und dem Anspringen der Investitionen, wie dies in früheren Konjunkturzyklen der Fall war. Empirisch ist *bei fallenden Zinsen* ein Lag von ungefähr vier Quartalen zwischen Normalisierung der Zinsstruktur und Belebung der Ausrüstungsinvestitionen zu beobachten, so daß die Zunahme der Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern seit dem vierten Quartal 1995 nicht ungewöhnlich ist.

Der im Vergleich zu 1994 expansivere Kurs der Geldpolitik in Europa fängt außerhalb Deutschlands bereits an, Wirkung zu zeigen, während innerhalb Deutschlands die Investitionstätigkeit bislang noch durch den Aufwertungsschock gebremst worden ist. Einer durchgreifenden Erholung der europäischen und damit der deutschen Investitionstätigkeit steht jedoch das relativ hohe Realzinsniveau entgegen. Die Realzinsen sind seit der zweiten Jahreshälfte 1995 teilweise noch gestiegen, weil die Erzeugerpreise schneller fielen als die Zinsen. All diese Faktoren sprechen dafür, daß die deutschen Ausrüstungsinvestitionen nur bis zum Ende dieses Jahres etwas beschleunigt zunehmen werden. Das ergibt wegen der schwachen Entwicklung in den letzten Quartalen im Jahresdurchschnitt 1996 allerdings nur einen Zuwachs von gut 1 vH, während 1997 durchschnittlich mit einer Zunahme von 4 vH zu rechnen ist.

Die realen *Bauinvestitionen* werden in diesem Jahr in Westdeutschland rückläufig sein ($-3\frac{1}{2}$ vH) und in Ostdeutschland im Vergleich zu den bisherigen Wachstumsraten nur noch schwach zunehmen (1 vH); insgesamt ergibt sich 1996 ein Minus von $2\frac{1}{2}$ vH. 1997 dürften die Bauinvestitionen stagnieren: Das Minus in Ostdeutschland ($-4\frac{1}{2}$ vH) wird durch das Plus im Westen (2 vH) ungefähr ausgeglichen.

Die öffentliche Hand versucht schon seit geraumer Zeit, ihre Haushalte durch Kürzung von Investitionsprojekten zu entlasten. Teilweise ist ihnen vom Haushaltsrecht vorgegeben, so zu handeln. So müssen die Gemeinden ihren Eigenbeitrag zur Investitionsfinanzierung aus der Differenz von laufenden Einnahmen und Ausgaben leisten — in einer Rezession aber fehlen die entsprechenden Mittel, zumal auch die Länder ihre Zuweisungen an die Gemeinden reduzieren. In Ostdeutschland wird die Realisierung von kommunalen Investitionsvorhaben auch dadurch behindert, daß die Länder ihre Kommunen längst nicht in angemessener Weise an den Mehreinnahmen beteiligen, die ihnen seit der Finanzreform zufließen. Insgesamt dürften die öffentlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr um gut 4 vH sinken; 1997 wird das Minus 3 vH betragen.

In Ostdeutschland kann allein für den Wohnungsbau in diesem Jahr noch mit einem positiven Zuwachs gerechnet werden, dies allerdings nur aufgrund des Fertigstellungsdrucks im Hinblick auf die noch hohe Sonderabschreibung für solche Bauvorhaben, die bis zum Jahresende abgeschlossen sind. Auf der Nachfrageseite ist bereits eine Ten-

denzwende eingetreten; für 1997 wird mit einer starken Abschwächung gerechnet. Die Wohnungsbaunachfrage in Westdeutschland wird sich nach dem diesjährigen Rückgang hingegen wieder stabilisieren — bei den Genehmigungen von Eigenheimen stärker als im Geschloßwohnungsbau. Das gesunkene Zinsniveau wird die Nachfragebelebung in diesem Bereich stützen. Doch alles in allem wird der Wohnungsbau in Deutschland 1997 stagnieren.

Im Wirtschaftsbau hielt die schon länger währende Nachfrageschwäche bis zuletzt an; Ostdeutschland verzeichnete sogar einen ausgeprägten Rückgang. Als Hauptursache ist der hohe Anteil an Bauobjekten zur Kapitalanlage aus den Jahren bis 1994 zu sehen, für die nur zögerlich Nutzer gefunden werden (Bürogebäude, Gewerbetarke). Aber auch bei Gebäuden für Produktion und Handel sowie im gewerblichen Tiefbau ist der Auftragseingang immer noch rückläufig. Nach einem Minus von knapp 3 vH in diesem Jahr kann 1997 allenfalls mit einem geringen Zuwachs (1 vH) gerechnet werden.

Die Abschwächung der Baunachfrage ist vor allem in den neuen Bundesländern ein Problem von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Kapazitäten und Arbeitsplätze, die seit 1991 in der Bauwirtschaft und vom Bau abhängigen Branchen geschaffen worden sind, gehen wieder verloren — strukturelle Arbeitslosigkeit wird auch in diesem Bereich wieder zunehmen, wenn nicht gegengesteuert wird. Die Handlungsmöglichkeiten sind jedoch gering: Die West-Ost-Transfers können, wenn überhaupt, nur in Grenzen verstärkt werden, und von neuerlichen Steuervergünstigungen für private Investitionen ist abzuraten.

Die Nachfrage nach Wohneigentum könnte allerdings ohne großen Mehraufwand wirksamer gefördert werden. Als Weg dazu bietet sich die Aufhebung des sogenannten Kumulationsverbots bei der bestehenden Förderung an: Obwohl jeder Steuerbürger einen einmaligen Anspruch auf die Eigenheimzulage hat, ist es Ehepaaren bisher verwehrt, die Förderung auf ein Objekt zu konzentrieren⁶. Wenn diese Sperre entfiel, würde der Eigentumserwerb gerade für einkommensschwächere Haushalte erleichtert. Zu erwarten wäre ein Nachfrageschub, der zwar einen Anstieg der Finanzhilfen zur Folge hätte, auf längere Sicht aber keine Mehrbelastung bedeutete, weil es spätere Förderungsansprüche nicht mehr gäbe. Außerdem würden die nachfrageinduzierten Mehreinnahmen und Minderausgaben des Staates den Anstieg des Förderungsaufwands wettmachen. Die Mehrnachfrage nach Bauleistungen in diesem Bereich käme insbesondere dem mittelständischen Baugewerbe und dem Handwerk zugute. Soweit die Förderung nicht für den Neubau, sondern für den Erwerb bestehender Wohnungen (dort ist sie geringer) eingesetzt wird, ist der Anstoß in den neuen Ländern ebenfalls erwünscht, weil so das gesetzte Privatisierungsziel (Alt-schuldenthilfegesetz) besser erreicht werden könnte.

⁶ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1995.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Das nur mäßige Wirtschaftswachstum macht Hoffnungen auf eine Wende am Arbeitsmarkt zunichte. Die Zahl der Arbeitslosen wird unter den skizzierten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter zunehmen und im Durchschnitt des Jahres über 4 Millionen betragen, nachdem sie 1995 noch bei 3,6 Millionen gelegen hatte.

Ein nachhaltiger Beschäftigungszuwachs ist nur möglich, wenn die Unternehmen über einen langen Zeitraum hinweg günstige Investitionsbedingungen vorfinden. Deshalb ist es die vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Weichen für einen dauerhaften Aufschwung zu stellen. Sie wird dies nur erfolgreich tun können, wenn Lohn-, Geld- und Finanzpolitik konsequent und koordiniert eingesetzt werden. Voraussetzung ist freilich eine vorurteilsfreie Analyse der gesamtwirtschaftlichen Probleme, also der Entwicklung auf der Angebots- und der Nachfrageseite der Volkswirtschaft.

Das „Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung“ wird dem nicht gerecht, weil es einseitig auf die Angebotsseite ausgerichtet ist. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen, die auf eine Kostenentlastung der Unternehmen zielen (vgl. Tabelle 5). Werden die Arbeitskosten und Abgaben der Unternehmen gesenkt, dann wird es — so die dahinter stehende Überlegung — für die Unternehmen rentabler, vermehrt Arbeitskräfte einzustellen. Dabei wird leicht übersehen, daß eine notwendige Voraussetzung für die Realisierung von Angebotsverbesserungen eine stabile Nachfrageentwicklung ist. Diese Voraussetzung ist aber derzeit nicht erfüllt. Damit besteht die Gefahr, daß ein solches Programm ins Leere läuft. Es können sogar mehr Menschen arbeitslos werden, beispielsweise durch die Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere in Ostdeutschland. Dadurch gehen in den nächsten Jahren bis zu 200 000 Stellen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik verloren; zudem wird ein Teil der Kosten auf die Gemeinden, die dann vermehrt Sozialhilfe gewähren müssen, überwältigt. Auch das Vorhaben der Bundesregierung, durch eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung den Druck auf die Arbeitslosen zu verstärken, eine weniger qualifizierte Arbeit anzunehmen, dürfte den Arbeitsmarkt kaum entlasten. Im Ergebnis werden lediglich Arbeitsplätze mit höherer Entlohnung durch Arbeitsplätze mit geringerer Entlohnung ersetzt. Der Kampf um die weniger qualifizierten und geringer entlohnten Arbeitsplätze dürfte zunehmen; der verdrängte Arbeitnehmer wird kaum einen neuen Arbeitsplatz finden, wenn es nicht genügend unbesetzte Arbeitsplätze gibt oder keine neuen zusätzlichen geschaffen werden.

Zur Lohnpolitik

Weit verbreitet ist die Vorstellung, über die Höhe der Beschäftigung in einer Volkswirtschaft entscheide letztlich die Lohnpolitik. Auch in der aktuellen Diskussion um die

sogenannten Lohnnebenkosten, die ja Bestandteil der Arbeitskosten sind, wird der Eindruck erweckt, geringere Lohnkosten — in realer Betrachtung — zögen unmittelbar positive Beschäftigungseffekte nach sich, weil der Preis der Arbeit sinkt und somit die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Eine solche Betrachtung ist unvollständig, weil das Zusammenspiel von Gütermarkt, Kapitalmarkt und Arbeitsmarkt, das letztlich zur Bestimmung des Reallohns führt, nicht berücksichtigt wird.

Bei einer Nominallohnsenkung werden nur im günstigsten Fall die Gewinne steigen. Lohnsenkungen reduzieren die Lohnstückkosten, falls der Lohninduzierte Nachfrageausfall geringer ist als der Rückgang der Lohnsumme. Das ist nur möglich, wenn die Lohneinkommensbezieher ihre Ersparnisse reduzieren. In jedem Falle führt eine rückläufige Nachfrage dazu, daß die Kapazitätsauslastung sinkt. Für die Unternehmen entsteht so kein Anreiz, ihre Kapazitäten auszuweiten, wie dies für einen Beschäftigungsaufbau notwendig wäre. Werden die „überschüssigen“ Gewinne auf dem Kapitalmarkt angeboten, sinken die Zinsen, erst dann wird die Investitionsneigung zunehmen. Während der mit Lohnsenkungen verbundene Umverteilungsprozeß zugunsten der Gewinne nicht ohne Konflikte ablaufen wird, kann die Geldpolitik den gleichen Effekt — sinkende Zinsen — mit deutlich geringerem Risiko erzielen. Die Geldpolitik läuft auch nicht Gefahr, daß der lohninduzierte Rückgang der Nachfrage eine Abwärtsspirale in Gang setzt, die letztlich auch einen Anstieg der Gewinne verhindert.

Denkbar ist natürlich auch, daß die Unternehmen auf die rückläufige Nachfrage mit Preiszugeständnissen reagieren. Per saldo wäre dann aber lediglich der Ausgangszustand wiederhergestellt, die Reallohne nämlich konstant geblieben. Ebenso wenig können Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Ausland erwartet werden; zum einen sind Anpassungsreaktionen auch im Ausland wahrscheinlich, zum anderen dürfte die inländische Währung an den Devisenmärkten aufgewertet werden. Auf alle Fälle entstehen Anpassungskosten in Form von Verteilungskämpfen, Vertrauensverlusten in die Wirtschaftspolitik und Unwägbarkeiten eines deflationären Prozesses, ohne daß ihnen Erträge in Form der angestrebten Beschäftigungsgewinne gegenübergestellt werden können.

Daraus folgt, daß die Nominallohnentwicklung für sich genommen in ihren konkreten Auswirkungen auf die reale Sphäre — Rentabilität der Investitionen und damit Beschäftigung einerseits, reale Kaufkraft andererseits — nicht eindeutig bestimmbar ist. Die Frage, in welcher Weise der Reallohn beeinflusst wird, kann a priori nicht beantwortet werden, wie auch über höhere Gewinne in einer Volkswirtschaft nicht allein durch die Nominallohnpolitik entschieden wird. Die Rolle der Lohnpolitik ist vielmehr die eines nominalen Ankers, an dem sich die Kalkulationen der Wirtschaftssubjekte festmachen sollten. Der Lohnpolitik kann nicht daran gelegen sein, einen Konflikt mit der Geldpolitik anzufechten. Im Zweifel — dies zeigen die Erfah-

rungen — wird die Notenbank eine Stabilisierungsrezession auslösen und so den Konflikt zugunsten der Preisstabilität entscheiden. Insofern ist die Lohnpolitik gut beraten, im Aufschwung keine inflationäre Beschleunigung zu riskieren und so zu vermeiden, daß die Tarifabschlüsse von der Geldpolitik „korrigiert“ werden.

Die Gefahr einer inflationären Beschleunigung besteht derzeit nicht. Ebenso wenig sind sinkende Nominallöhne und eine daraus resultierende Destabilisierung der Erwartungen zu befürchten. Zwar war der Abschluß in der Metallindustrie, der bereits im Vorjahr zustande gekommen war, als noch viele Prognosen — auch die der Bundesregierung — von Optimismus geprägt waren, eindeutig zu hoch. Die Mehrzahl der Tarifabschlüsse für 1996, die größtenteils weit in das nächste Jahr hineinreichen, waren dagegen äußerst moderat. Von der Lohnpolitik sind somit die Voraussetzungen für einen inflationsfreien Aufschwung geschaffen worden. Sie hat ihren Beitrag geleistet.

Zur Geldpolitik

Gegenwärtig ist der nominale Kapitalmarktzins in Deutschland mit 5¼ % sowohl im historischen als auch im Vergleich mit anderen Ländern niedrig (vgl. Schaubild 1 bis 6). Relativ niedrig sind aber auch die aktuelle und die erwartete Preissteigerungsrate. Derzeit ergibt sich ein Realzins in der Größenordnung von 4 %. Diese Rate entspricht zwar dem langfristigen Durchschnitt, der ohnedies — gemessen am Wirtschaftswachstum — zu hoch war. Dies gilt erst recht für eine konjunkturelle Abschwächung, in der auch nach Auffassung der Bundesbank bei einer Verstärkung der Geldmengenentwicklung relativ „niedrige Zinsen“ angemessen sind⁷. Denn relativ niedrig sind auch die erwarteten Renditen aus Investitionen in Sachkapital.

Unbestritten ist, daß ein niedrigerer Realzins das Wirtschaftswachstum stimulieren würde. Umstritten ist aber, ob die Bundesbank dies mit einer weiteren Senkung der kurzfristigen Zinsen anstreben sollte. Zwar besteht auch nach Ansicht der Bundesbank immer noch ein Zinssenkungsspielraum. Aber es gibt eine Reihe von Argumenten, die gegen eine Fortsetzung der Zinssenkungspolitik zu sprechen scheinen.

Ein prinzipieller Einwand knüpft an die Tatsache an, daß die Geldmenge M3 in den ersten vier Monaten dieses Jahres den oberen Rand des Zielkorridors schon deutlich überschritten hat. Die Bundesbank baut jedoch darauf, daß sich die Geldmengenentwicklung im weiteren Jahresverlauf abschwächen und „dem diesjährigen Zielkorridor wieder annähern“ wird⁸. Denn bei einer Stabilisierung der langfristigen Zinsen auf einem im Vergleich zum Jahresbeginn höheren Niveau werde ein weiterer Rückgang der kurzfristigen Zinsen die Anleger in langfristige Titel drängen und die monetäre Expansion dämpfen.

Doch was geschieht, wenn die Geldmenge beschleunigt zunimmt? Auch ein solches Szenario ist nicht unreali-

stisch: Der amerikanische Kapitalmarktzins steigt weiter; er zieht den deutschen Zins mit nach oben, da die Marktteilnehmer keine Abkoppelung des deutschen vom amerikanischen Kapitalzins erwarten, sei es, daß sie angesichts der bisherigen Überschreitung des Geldmengenziels mit keinen energischen geldpolitischen Versuchen zur Abkoppelung rechnen, sei es, daß sie diese ohnehin für unwirksam halten. Aus Furcht vor Kursverlusten stocken sie ihre Sicht- und kurzfristigen Termineinlagen — also auch die Geldmenge M3 — verstärkt auf.

Die bisherige Zielüberschreitung hätte vermieden und das Risiko einer künftigen vermindert werden können, wenn der Zielkorridor für 1996 nicht auf dem zu niedrigen Stand vom vierten Quartal 1995, sondern „auf der Mitte des für dieses Jahr angestrebten Korridors (aufgesetzt)“ worden wäre, wie es die Wirtschaftsforschungsinstitute empfohlen hätten (Schaubild 12)⁹. Dieser Vorschlag trägt der von der Bundesbank intendierten mittelfristigen Ausrichtung der Geldpolitik Rechnung. Es entspricht der Logik dieser am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Strategie, daß nicht nur temporäre Abweichungen vom Potentialpfad toleriert, sondern auch die Geldmengenziele selber auf diesen Pfad „aufgesetzt“ werden. Das „Aufsetzen“ auf den Stand vom vierten Quartal 1995 wäre nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn das Ziel für 1995 nachträglich als inflatorisch überhöht erkannt worden wäre oder wenn — wie die Institute anmerkten — die Geldmengenentwicklung einen „Strukturbruch“ aufgewiesen hätte. Beides ist nicht der Fall gewesen. Das von den Instituten empfohlene Geldmengenziel für 1996 basiert weitgehend auf jenem Pfad, der vom DIW in Anlehnung an Überlegungen der Institute als wachstums- und stabilitätsgerecht ermittelt worden ist (Schaubild 13)¹⁰. Dieser wie auch der von den Instituten vorgesehene Zielpfad ist bis April noch nicht erreicht worden. Demnach gibt es durchaus noch Spielraum für eine wachstums- und stabilitätsgerechte Ausweitung der Geldmenge. Die Bundesbank könnte im Juli den Zielkorridor nach oben revidieren. Wenn sie dies nicht tut, aber trotzdem an einer Politik niedriger oder gar sinkender Geldmarktzinsen festhalten will, muß sie entschieden solchen Einwänden begegnen, die darauf verweisen, daß „neben der Geldmenge das gesamte binnen- und außenwirtschaftliche Umfeld berücksichtigt“ werden muß¹¹.

Der traditionelle Einwand stammt von jenen Kritikern, die seit Jahren regelmäßig behaupten, Zinssenkungen würden die Inflationserwartungen stärken und den Kapitalmarktzins nach oben treiben. Diese Kritiker sind durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden. Trotz der Zins-

⁷ Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1995, S. 29.

⁸ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 1996, S. 32.

⁹ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/95, S. 741.

¹⁰ Deutsche Geldpolitik: Sind Geldmengenziele obsolet? Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 34/94.

¹¹ Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1995, S. 85.

Schaubild 12

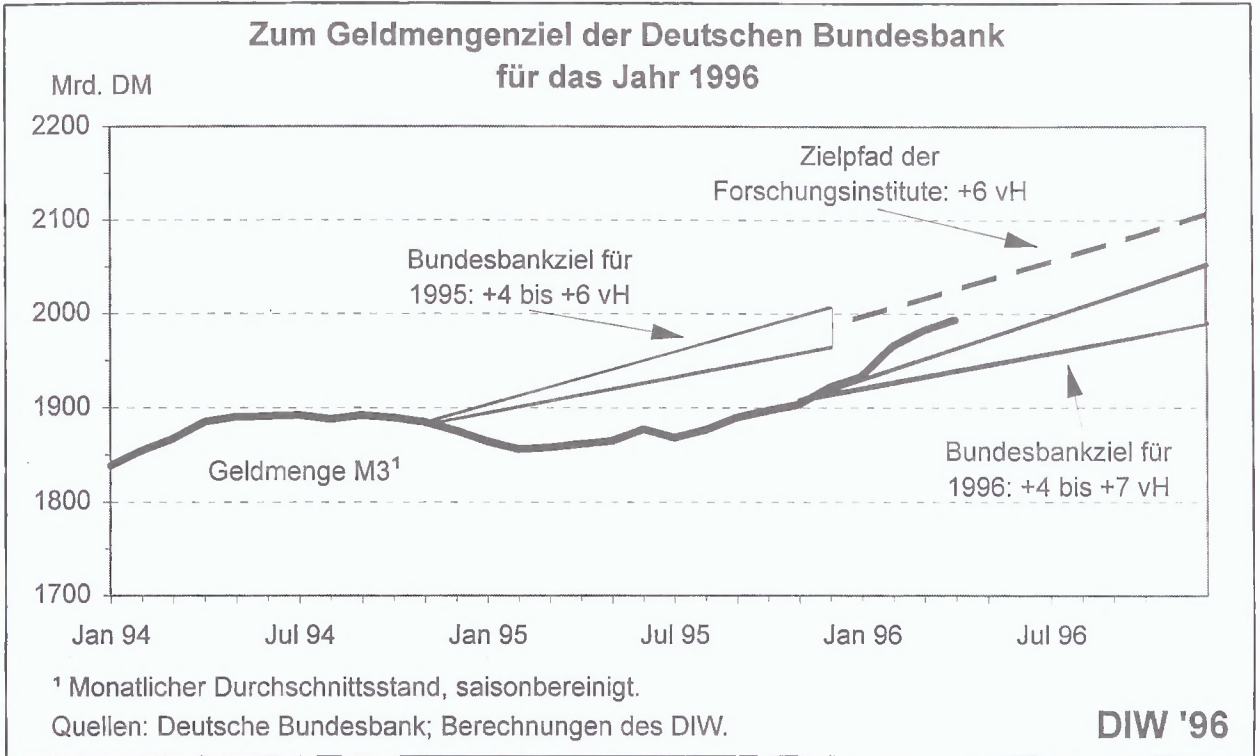
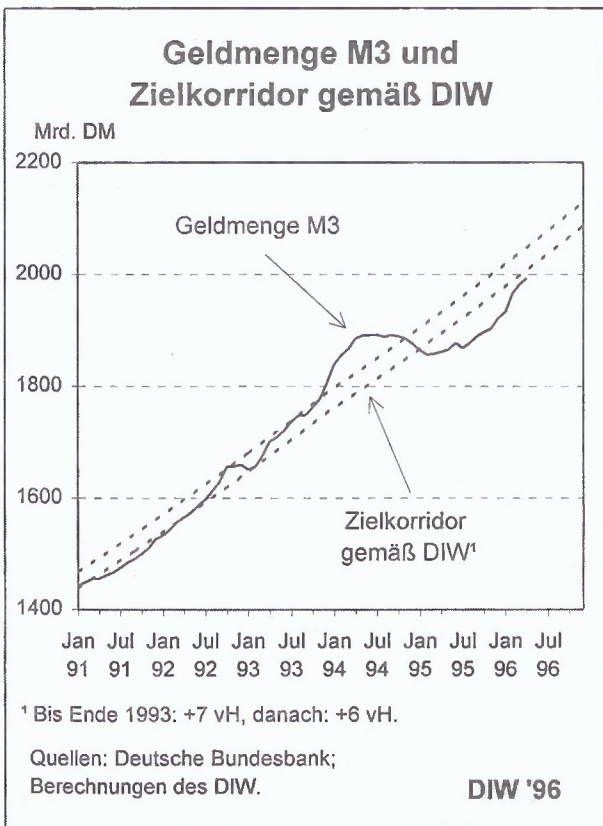


Schaubild 13



senkungen — und selbst während des konjunkturellen Zwischenhochs im Jahre 1994 — ist die Inflationsrate ständig zurückgegangen. Derzeit ist die Preissteigerung ungewöhnlich schwach, der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich „weiterhin in engen Grenzen halten“, und „von der monetären Seite her drohen... keine Inflationsgefahren“ (Deutsche Bundesbank)¹².

Entkräften läßt sich auch das Argument, eine Zinssenkung würde den Wechselkurs der D-Mark nach unten drücken, so daß sowohl ein Inflationsimport als auch eine Verletzung des Maastricht-Kriteriums „stabiler Wechselkurs“ zu befürchten wären. Viele westeuropäische Länder befinden sich ebenfalls in einer konjunkturellen Schwächephase und würden sich, wie bisher, deutschen Zinssenkungsschritten anschließen, so daß keine für den Wechselkurs relevante Änderung des Zinsgefälles entstünde. Dagegen könnte es dem US-Dollar gegenüber zu einer weiteren Abwertung kommen. Sie würde jedoch nur die vorangegangene Überbewertung der D-Mark korrigieren. Die abwertungsbedingte Importverteuerung wäre ebenso wenig als inflatorisch anzusehen, wie die aufwertungsbedingte Einfuhrverbilligung 1994 als echter Beitrag zum Abbau des Inflationstrends interpretiert werden durfte.

Schwerer wiegt das Argument, die Bundesbank könne gegen einen von den USA ausgehenden Anstieg der Kapitalmarktzinsen keine konstanten oder gar sinkenden Kapi-

¹² Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 1996, S. 19 ff.

talmarktzinsen in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen. Bezogen auf Deutschland allein klingt dieses Argument plausibel. Es gilt aber nicht mehr für Westeuropa, dessen Gewicht am Weltkapitalmarkt größer ist als das der USA; selbst die kleinere Gruppe jener Länder, die am Wechselkursmechanismus des EWS mit einer gleichgerichteten Geldpolitik teilnehmen, hat einen beachtlichen Einfluß. Entschlösse sich die Mehrheit der westeuropäischen Länder, sich einem von den USA ausgehenden — und dort angebrachten — Zinsauftrieb zu entziehen, könnten sie mit einer gemeinsamen Zinssenkung ihr Gewicht auf dem Weltkapitalmarkt in die Waagschale legen. Das internationale Zinsniveau geriete unter Druck. Doch damit wäre es nicht getan. Wozu gibt es überhaupt flexible Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und den westeuropäischen Währungen? Zum einen natürlich deshalb, weil man sich von unerwünschten Preisänderungen in anderen Ländern abschirmen kann. Zum anderen sollten flexible Wechselkurse aber auch dazu dienen, die westeuropäischen Kapitalmarktzinsen von den amerikanischen Kapitalmarktzinsen abzukoppeln. Warum geschah das nicht auch im Jahre 1994, als die US-Kapitalmarktzinsen aus binnenwirtschaftlich vertretbaren Gründen stiegen und die westeuropäischen nach oben zogen, obwohl dies binnenwirtschaftlich nicht geboten war? Der Grund dafür liegt vermutlich darin, daß die Bundesbank resignierte und — wie daraufhin auch die anderen westeuropäischen Notenbanken — nach dem Mai 1994 den Versuch aufgab, sich mit niedrigeren Notenbankzinsen vom Zinsauftrieb in den USA zu lösen. Zwangsläufig mußte auf den Finanzmärkten der Eindruck entstehen, eine Abkoppelung der europäischen von den amerikanischen Kapitalmarktzinsen sei grundsätzlich nicht möglich.

Heute, da keine inflatorischen Gefahren bestehen, sollte die Bundesbank in jedem Fall versuchen, sich von einem Zinsanstieg in den USA abzukoppeln. Die Wirtschaft der USA befindet sich in Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung in einer völlig anderen Situation als Europa. Koppelt sich die europäische Geldpolitik nicht ab, würde wohl abermals der Wachstumsprozeß nach viel zu kurzer Zeit abbrechen.

Zur Finanzpolitik

Der wirtschaftliche Rückschlag hat die Hoffnungen der Finanzpolitik, innerhalb kurzer Frist die Staatsdefizite senken zu können, zunichte gemacht. Trotz restriktiver Ausgabenpolitik dürften die Fehlbeträge in den Haushalten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger in diesem Jahr um 13 Mrd. DM¹³ auf 136 Mrd. DM (in Abgrenzung der VGR) steigen. Das Minus bei den Steuereinnahmen ist nicht nur Folge der Änderungen im Steuerrecht (Freistellung des Existenzminimums u.a.), sondern auch Reflex der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung. Wenn dennoch die gesamten Staatseinnahmen um 1 vH steigen, so ist dies insbesondere auf höhere Beitragssätze in der Renten- und Pflegeversicherung zurückzuführen. Die Aus-

gabenentwicklung wird vor allem von der Zunahme der Leistungen in der Pflegeversicherung geprägt. Aber auch die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung steigen konjunkturbedingt überdurchschnittlich.

Im kommenden Jahr werden die Staatsdefizite vermutlich um 13 Mrd. DM sinken. Ein Defizit von 123 Mrd. DM entspricht 3,4 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts; das Maastricht-Kriterium wäre auch dann erfüllt, weil die Quote in der Nähe des Referenzwertes bliebe. Unterstellt ist auf der Ausgabenseite eine Verschärfung des Restriktionskurses. In der Schätzung sind die finanziellen Auswirkungen, die sich aus dem „Sparpaket“ der Bundesregierung 1997 für die öffentlichen Haushalte ergeben, berücksichtigt (vgl. Tabelle 5). Korrekturen sind vor allem im Gesundheitsbereich, in der Rentenversicherung und im Bereich der Arbeitsförderung geplant; die Einsparungen werden in den folgenden Jahren noch höher ausfallen. Die Einnahmen des Staates dürften um 2½ vH steigen. Bei den Steuereinnahmen ist lediglich mit einem Plus von 2 vH zu rechnen. Neben der schwachen Konjunktur sind dafür die Mindereinnahmen durch das Jahressteuergesetz 1997 in Höhe von 6½ Mrd. DM (vgl. Tabelle 6) verantwortlich. Ohne Steuer- und Sparpaket errechnet sich in unserer Schätzung ein Defizit von 117 Mrd. DM (ohne Berücksichtigung von indirekten Wirkungen, z.B. Kaufkraftverlusten): Steuerliche Maßnahmen, geplante Beitragssatzsenkungen in der Krankenversicherung sowie die Einnahmeausfälle aufgrund der vorgesehenen Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhöhen das Defizit um gut 12 Mrd. DM; dem stehen Ausgabekürzungen um reichlich 6 Mrd. DM gegenüber.

Auch heute, nunmehr sechs Jahre nach der Vereinigung, ist die Finanzpolitik nicht zur Ruhe gekommen. Die finanzpolitische Hektik hat eher noch zugenommen. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß ausgerechnet Deutschland Gefahr läuft, die finanzpolitischen Kriterien des Vertrages von Maastricht nicht zu erfüllen. In der Finanzpolitik fehlt ein klares Konzept zur Lösung der vielfältigen Probleme. Am ehesten sichtbar wird dies darin, daß immer wieder hoch gesteckte Ziele formuliert werden, doch schon bald erkennbar wird, daß sie nicht erreicht werden können.

Ein Beispiel sind die Konsolidierungsziele, wie sie in den Haushalts- und Finanzplänen für die letzten Jahre zum Ausdruck kommen; sie waren schon bald Makulatur, weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungünstiger verlief, als von der Regierung erwartet, und Einnahmeausfälle und Mehrausgaben hingenommen werden mußten. Aber auch die ständigen Beteuerungen, die Defizit- und Schuldenkriterien des Vertrags von Maastricht unabhängig von der konjunkturellen Situation exakt erfüllen zu wollen, haben die finanzpolitischen Entscheidungsträger in eine Klemme manövriert: Es wurden Erwartungen geweckt, die wohl nur

¹³ Das Defizit im Jahre 1995 wurde für diese Berechnung um Sondereffekte bereinigt (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 5

Auswirkungen des Sparpakets und des Jahressteuergesetzes 1997
Salden: Belastungen (-); Entlastungen (+)
in Mrd. DM

Maßnahme	Staat			Unternehmen			Private Haushalte		
	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo
<i>Sozialversicherung</i>	-3,7	-6,3	2,6	0,0	-3,0	3,0	-3,2	2,4	-5,6
Bundesanstalt für Arbeit									
ABM-Ostdeutschland		-1,5					-1,5		
Altersteilzeit		-0,7					-0,7		
Rentenversicherung									
Rehabilitationsmaßnahmen		-2,1						2,1	
Krankenversicherung									
Sachleistungen									
Betten, Kuren u.ä.		-1,0						1,0	
Eigenbeteiligung	2,3							2,3	
Geldleistungen									
Kürzung des Krankengeldes		-1,0					-1,0		
Senkung des Beitragsatzes	-6,0				-3,0			-3,0	
<i>Jahressteuergesetz 1997</i>	-6,6	0,0	-6,6	0,0	-8,0	8,0	0,0	1,4	-1,4
<i>Lohnfortzahlung im Krankheitsfall</i>	-2,2	0,0	-2,2	0,0	-3,6	3,6	-3,0	-1,6	-1,4
Bruttolohn- und -gehaltsumme					-3,0		-3,0		
Lohnsteuer	-1,0							-1,0	
Sozialversicherungsbeiträge	-1,2				-0,6			-0,6	
<i>Insgesamt</i>	-12,5	-6,3	-6,2	0,0	-14,6	14,6	-6,2	2,2	-8,4

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Schätzungen des DIW.

unter Inkaufnahme einer weiteren Schwächung der Wirtschaft erfüllt werden könnten. Ein anderes Beispiel ist die Steuerpolitik. Entweder waren die Vorstellungen nicht ausgereift, wie die verschiedenen Ansätze zur Unternehmenssteuerreform zeigten, oder die Reformen gerieten halbherzig und blieben unbefriedigend wie im Falle der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums. Auch die immer wieder neu aufbrechende Diskussion über den Solidaritätszuschlag zeugt davon, daß die Finanzpolitik auf wackeligem Fundament steht, weil immer mehr Bürger ihre Abgabenbelastung als zu hoch empfinden.

Allerdings werden nur allzu selten die eigentlichen Ursachen dieser Fehlentwicklungen diskutiert. Das zentrale Problem ist die tiefgreifende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise: Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Transfereinkommensbezieher alimentieren. Hinzu kommen die Belastungen im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit. Zudem leisten die Lohnsteuerpflichtigen einen immer größeren Beitrag zum Steueraufkommen, während die Gewinn- und Kapitaleinkünfte in den letzten Jahren als Steuerquelle erheblich an Bedeutung verloren haben.

Um so mehr muß der Finanzpolitik daran gelegen sein, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern und ein dauerhafter Aufschwung in Gang

kommt. Denn nur dann sind die Probleme lösbar. Ohne Aufschwung in Westdeutschland sind die tiefgreifenden Probleme in Ostdeutschland erst recht nicht zu bewältigen. Eine Wende zum Besseren ist um so wahrscheinlicher, je mehr Unterstützung die Wirtschaft von der Finanzpolitik erhält. Doch ist der Kurs der Finanzpolitik schon seit geraumer Zeit auf das Gegenteil gerichtet, indem versucht wird, Haushaltsdefizite durch die Kürzung von Ausgaben — insbesondere Ausgaben zur sozialen Sicherung und Investitionsausgaben — zu begrenzen. Offensichtlich ist dieser Strategie aber der Erfolg versagt geblieben, denn die Defizite sind nicht zurückgegangen. Trotzdem hat dies noch nicht dazu geführt, über einen Kurswechsel nachzudenken; vielmehr wird der Sparkurs verschärft.

Das DIW bezweifelt, daß ein solcher Weg in der gegebenen Situation erfolgreich sein kann, denn die Konjunktur wird auf diesem Wege nicht gestärkt, sondern geschwächt. Der Staat wird weniger nachfragen und/oder diejenigen, die zusätzlich belastet werden (beispielsweise durch die Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe), zwingen, ihre Nachfrage nach Gütern und Diensten einzuschränken. Die Kürzung von Ausgaben an der einen Stelle zieht immer auch verringerte Einkommen, Nachfrageausfälle und eingeschränkte Gewinnaussichten an anderer Stelle des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs nach sich, wobei sich

Tabelle 6

Jahressteuergesetz 1997 und seine finanziellen Auswirkungen in den Jahren 1997 und 1998
Steuermindereinnahmen (-); Steuermehreinnahmen (+)
 in Mill. DM

	1997				1998			
	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden
<i>1. Jahressteuergesetz 1997</i>	-5 686	1 152	-7 553	716	-14 701	-5 007	-9 723	30
Reform Erbschaft- und Schenkungssteuer	1 600		1 600		1 600		1 600	
Abschaffung der Vermögensteuer	-8 750		-8 750		-9 400		-9 400	
Absenkung des Solidaritätszuschlags (6,5 vH 1997, 5,5 vH 1998)	-3 600	-3 600			-7 100	-7 100		
Rückübertragung von UST-Anteilen infolge der Absenkung Solidaritätszuschlages	0	1 300	-1 300		0	2 000	-2 000	
infolge der Verschiebung der Kindergeldanhebung	0	1 130	-1 130		0			
Verschiebung der Kindergeldanhebung	3 785	1 724	1 524	538	160	74	64	23
Verschiebung der Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages	1 480	692	582	206	150	70	60	20
Sonstige Rechtsänderungen ¹⁾	-201	-94	-79	-28	-111	-51	-47	-13
<i>2. Reform der Unternehmensbesteuerung</i>	-2 110	-1 023	-1 668	581	-350	-666	-1 384	1 700
Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer	-3 540	898	192	-4 630	-3 700	913	202	-4 815
Spreizung der Staffelstufen bei der Gewerbeertragsteuer von 24 000 auf 30 000 DM	-330	63	3	-396	-375	68	1	-444
Senkung der Steuermeßzahlen für Gewerbeertrag	-2 235	551	75	-2 861	-2 365	566	82	-3 013
Erhöhung der Gewerbesteuerumlage	0		305	-305	0		215	-215
Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer (2,9 vH)	0	-3 939	-3 621	7 560	0	-4 333	-3 999	8 332
Rückführung der degressiven Abschreibung, von 30 auf 25 vH für bewegliche Anlagegüter	3 995	1 404	1 378	1 213	6 060	2 107	2 102	1 851
Nichtanerkennung von Gewinn- minderungen beim Erwerb von Anteilen an Kapitalgesellschaften					30	13	13	4
<i>3. Reform der Kraftfahrzeugsteuer</i>	2 100		2 100		610		610	
<i>4. Sonstige steuerliche Maßnahmen</i>	-906	-416	-367	-123	-1 013	-463	-413	-137
Anhebung der steuerlichen Verpflegungspauschalen	-560	-260	-228	-72	-625	-290	-257	-78
Bewertung des geldwerten Vorteils von Geschäftswagen mit 0,52 DM/km	-346	-156	-139	-51	-388	-173	-156	-59
<i>Finanzielle Ausfälle insgesamt</i>	-6 602	-287	-7 488	1 174	-15 454	-6 136	-10 910	1 593
davon: Lohnsteuer	4 322				-170			
Veranlagte Einkommensteuer	3 070				3 743			
Körperschaftsteuer	3 125				3 835			
Steuern vom Umsatz	-159				-190			
Solidaritätszuschlag	-2 935				-6 690			
Erbschaftsteuer	1 600				1 600			
Vermögensteuer	-8 750				-9 400			
Kraftfahrzeugsteuer	2 100				610			
Gewerbesteuer	-8 975				-8 795			
Gewerbeertragsteuer	-1 945				-1 485			
Gewerkekapitalsteuer	-7 030				-7 310			

¹⁾ Erweiterte steuerliche Förderung sozialversicherungspflichtiger hauswirtschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse ab 1997, Anhebung der Grenze zur Abgabe von jährlichen Lohnsteueranmeldungen von 1 200 auf 1 600 DM, Abschaffung der Sonderabschreibungen für Schiffe und Flugzeuge.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.

aufgrund der multiplikativen Verknüpfungen die Effekte noch verstärken und der Gesamteffekt größer ist als der auslösende Impuls. Dies gilt um so mehr, wenn nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa eine ähnliche Strategie verfolgt wird.

Welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von staatlichen Sparpaketen ausgehen, kann mit Hilfe von Simulationsrechnungen gezeigt werden. In den hier durchgeführten Modellrechnungen werden auch Interdependenzen zwischen Volkswirtschaften berücksichtigt¹⁴. Simuliert werden die Auswirkungen einer Verringerung des Staatsverbrauchs in Höhe von 1 vH des Bruttoinlandsproduktes. Zunächst wird diese Maßnahme nur für Deutschland angenommen, in einer zweiten Variante wird unterstellt, daß die großen Länder der EU Sparpakete gleichen Umfangs beschließen¹⁵. In einem weiteren Szenario versucht die Geldpolitik, die private Nachfrage mittels Zinswirkungen zu stimulieren und somit ein Gegengewicht zur verringerten Staatsnachfrage zu schaffen.

Im Ergebnis zeigt sich, daß ein Sparprogramm der skizzierten Größenordnung in Deutschland Jahr für Jahr zu Wachstumseinbußen führt. Nach fünf Jahren liegt das Bruttoinlandsprodukt um 2 vH unter dem Referenzwert (vgl. Schaubild 14). Die Dämpfung ist etwas geringer, wenn sich die Konsolidierungsmaßnahmen auf Deutschland beschränken, und etwas stärker, wenn europaweit der Staatsverbrauch reduziert wird. Auch ohne zinspolitische Reaktionen sinken im Modell die langfristigen Zinsen. Doch sind per saldo die Wachstumsverluste, die unmittelbar durch den Entzug staatlicher Nachfrage entstehen, größer als die zinsinduzierten Wachstumsgewinne. Die Simulationen zeigen auch, daß sich kurzfristig durchaus Konsolidierungserfolge einstellen können, auf Dauer die Bemühungen aber zum Scheitern verurteilt sind, weil die negativen gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen dominieren. Kurzfristig sinkt die Defizitquote um 0,8 Prozentpunkte, doch bereits nach einem Jahr hat sich der Spareffekt halbiert, und nach zwei Jahren sind die Defizite sogar größer als im Referenzmodell.

Die Simulationen verdeutlichen, wie wichtig für den Erfolg von Konsolidierungsbemühungen deren geldpolitische Flankierung ist. Reagiert die Geldpolitik mit Zinssenkungen von etwa 1,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Referenzpfad, besteht die Chance, daß auf längere Frist Wachstumseinbußen vermieden werden können. In diesem Fall vermindern sich auch die Budgetdefizite, sie sind um etwa 0,8 Prozentpunkte niedriger als auf dem Referenzpfad. Der starke Einfluß der Geldpolitik ist umgekehrt auch ein Beleg dafür, wie nachhaltig die Wirkungen beider Politikbereiche sein können, wenn sie parallel zur Stimulierung der Wirtschaft eingesetzt werden.

Als Fazit bleibt: Eine Stagnation ist ungeeignet für den Versuch, die öffentlichen Haushalte konsolidieren zu wollen. Nicht nur die Simulationsergebnisse legen dies nahe, es sind ebenso die deutschen Erfahrungen in den 80er Jahren. Aber auch der Internationale Währungsfond

kommt in einer kürzlich erschienenen Untersuchung über Konsolidierungserfolge und -mißerfolge in den Industrieländern zu dem Ergebnis, daß in der überwiegenden Zahl der Fälle eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur in einem sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld möglich war¹⁶.

Die Gefahr ist groß, daß Konsolidierungsanstrengungen die Wirtschaft sogar in eine Rezession manövrieren. Restriktives Handeln in einer Stagnationsphase bewirkt letztlich das Gegenteil dessen, was die Politik anstrebt. In jedem Falle sollte deshalb die Finanzpolitik gegenwärtig versuchen, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben über eine höhere Neuverschuldung abzufangen.

In Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Konstellation ist darüber hinaus zu fragen, ob die bloße Hinnahme der konjunkturbedingten Defizite ausreicht, um zu bewirken, daß die Wirtschaft wieder Tritt faßt. Die Bedingungen auf der Angebotsseite sind nicht die schlechtesten: Die diesjährigen Lohnabschlüsse waren sehr moderat und haben auf der Kostenseite insofern Entlastung gebracht, als die Unternehmen keinen Anlaß haben, höhere Preise am Markt zu fordern; abgesehen davon dürften sie infolge der schwachen Verfassung der Gütermärkte auch kaum in der Lage sein, höhere Preise durchzusetzen. Diese Perspektive eröffnet der Bundesbank die Möglichkeit, stärker als bisher die Geldpolitik in den Dienst der Beschäftigungspolitik zu stellen. Es ist nicht zu erwarten, daß sie dadurch in einen Konflikt mit ihrer eigentlichen Aufgabe, die Währungsstabilität zu sichern, geriete.

Die Probleme sind eindeutig auf der Nachfrageseite zu orten. Moderate Tarifabschlüsse, eine steigende Zahl von Arbeitslosen sowie die Kürzung von Sozialausgaben lassen die Masseneinkommen stagnieren. Allein auf einen exportgetriebenen Aufschwung zu setzen ist zu wenig, denn die Nachfrageschwäche ist ein europaweites Phänomen.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschwäche muß die Finanzpolitik einen offensiveren Part spielen. Zum einen ist eine Revision ihres Investitionsverhaltens dringend erforderlich. Die öffentlichen Haushalte müssen mehr Mittel für öffentliche Investitionen bereitstellen. In besonderem Maße gilt dies für Ostdeutschland. Die Bundesregierung wäre auch gut beraten, auf die geplanten Kürzungen von Sozialausgaben zu verzichten, vor allem die Anhebung des Kindergeldes nicht zu verschieben. Zum anderen sollte in der Steuerpolitik die Stärkung der Massenkaufkraft Priorität haben. Das Stabilitäts- und

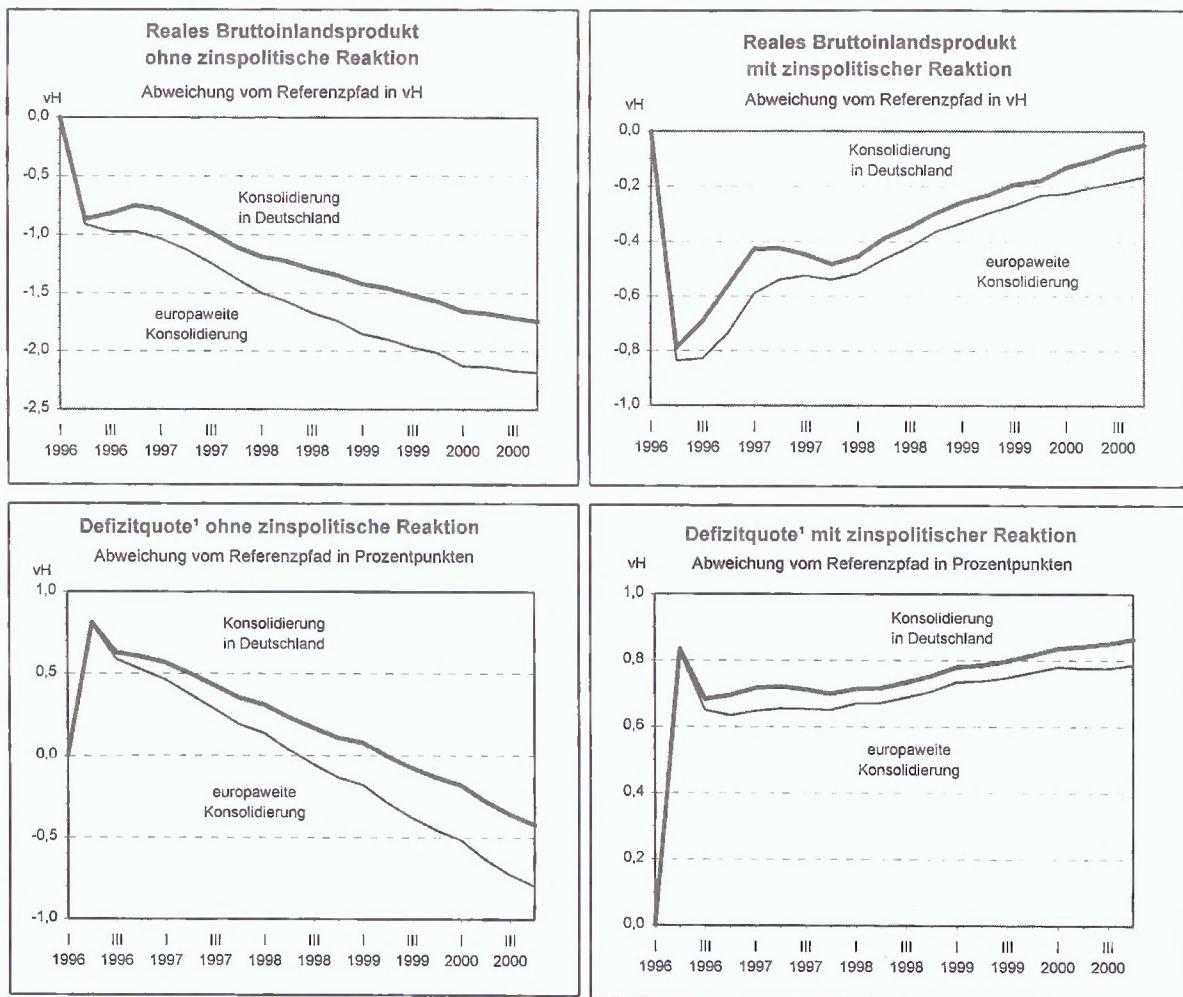
¹⁴ Die hier vorgelegten Simulationen wurden mit dem Oxford Economic Forecasting Modell durchgeführt.

¹⁵ Ein solcher Schritt wurde für Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien und die Niederlande, die fünf wichtigsten deutschen Handelspartner in Europa, unterstellt.

¹⁶ Vgl. International Monetary Fund: World Economic Outlook, Washington D.C., May 1996.

Schaubild 14

Simulationen zu den Wirkungen fiskalischer Konsolidierungsprogramme in Deutschland



¹ Defizit in vH des BIP. Ein positiver (negativer) Wert impliziert ein geringeres (höheres) Defizit im Vergleich zum Referenzpfad.

Quellen: Oxford Economic Forecasting; Berechnungen des DIW.

DIW '96

Wachstumsgesetz sieht hierfür die Möglichkeit einer befristeten Senkung der Einkommensteuer vor. Da aber ohnehin geplant ist, zum 1.1.1997 den Solidaritätszuschlag um einen Prozentpunkt auf 6,5 vH (und 1998 um einen weiteren Punkt) zu senken, bietet es sich an, diese Maßnahme vorzuziehen und nicht auf das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zurückzugreifen. Allerdings reicht dieser Nachfrageimpuls bei weitem nicht aus. Aus konjunkturellen Gründen wäre mindestens eine Halbierung des Zuschlags in einem Schritt angemessen; dies würde private Haushalte und Unternehmen um 14 Mrd. DM entlasten.

Ein solches Vorgehen hat natürlich nur Sinn, wenn gleichzeitig sichergestellt wird, daß die Transfers nach Ostdeutschland nicht gekürzt werden, sie sind angesichts des Rückschlags dringender denn je. Vor dieser Gefahr hatte das DIW immer gewarnt und deshalb eine frühzeitige Abschaffung des Zuschlags abgelehnt. Angesichts der konjunkturellen Notwendigkeiten werden auch verteilungspolitische Bedenken nun geringer gewichtet. Die Erkenntnis, daß die versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherungen, vor allem der Bundesanstalt für Arbeit, nicht aus den Beitragseinnahmen, sondern aus

dem Steueraufkommen zu finanzieren sind, hat sich mittlerweile durchgesetzt. Dies würde die Beiträge entlasten und damit auch zur Verringerung der Arbeitskosten führen. Die politische Umsetzung steht freilich weiterhin aus. Die zweite Stufe der Unternehmenssteuerreform — Abschaffung der Gewerbesteuer, Verringerung der Gewerbeertragsteuer — sollte zurückgestellt werden, weil das Paket nach wie vor Mängel aufweist. So wird die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Anlagegüter, die zur Finanzierung der Gewerbesteuer ausfälle vorgesehen sind, in erster Linie Unternehmen mit hoher Investitionsdynamik treffen — wachstumspolitisch und letztlich auch steuerpolitisch ein Schildbürgerstreich. Auch ist noch immer nicht geklärt, in welcher Weise die Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen beteiligt werden sollen (und möglicherweise die Mehrwertsteuersätze erhöht werden müssen).

Die geplante Abschaffung der Vermögensteuer paßt indes in die steuerpolitische Landschaft. Dies gilt insbesondere für den unternehmensbezogenen Teil, der immerhin 60 vH des Vermögensteueraufkommens ausmacht. Vom Bundesverfassungsgericht war eine Neuregelung bis zum 1.1.1997 gefordert worden; zugleich wurde die Erfüllung des Postulats der Gleichmäßigkeit in der Besteuerung angemahnt, was jedoch nur in einem sehr kostenintensiven Bewertungsverfahren gewährleistet werden könnte. Zwar stellt Vermögen — für sich genommen — eine steuerliche Leistungsfähigkeit dar, deren Besteuerung aus verteilungspolitischen Gründen gerechtfertigt ist. Dem Einwand, die Abschaffung der Vermögensteuer sei sozialpolitisch nicht vertretbar, ließe sich aber durch eine grundlegende Reform der Schenkung- und Erbschaftsteuer begegnen.

Eine Einbindung der Finanzpolitik in das konjunktur- und beschäftigungspolitisch Gebotene heißt natürlich auch, daß die Haushaltsdefizite zunächst höher ausfallen wer-

den als im Falle einer rigorosen Sparpolitik. Das Bild dürfte sich aber ändern, wenn es — wie hier skizziert — durch eine abgestimmte Politik gelingt, die Wirtschaft aus dem Tal zu führen. Wie schwer die Aufgabe ist, läßt sich schon daran ermesen, daß in der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit nachhaltig nur dann abgebaut werden konnte, wenn das reale Brutto sozialprodukt über einen längeren Zeitraum merklich, nämlich deutlich mehr als 2 vH pro Jahr, wuchs.

Das DIW verkennt nicht, daß der hohe Schuldenstand der öffentlichen Hand den finanzpolitischen Freiheitsgrad einengt. Doch ist die Alternative, ein strikter Sparkurs, für die Gesamtwirtschaft risikoreicher. Dies gilt erst recht, wenn man nicht nur auf nationaler Ebene, sondern europaweit eine restriktive Finanzpolitik unterstellt.

Gelingt die Konsolidierung im Aufschwung, vergrößert sich auch der finanzpolitische Handlungsspielraum wieder. Voraussetzung ist allerdings, daß die Politik dann konsequent einen Sparkurs fährt und die konjunkturbedingten Mehreinnahmen nicht ausgegeben werden. Das Argument, in der Realität verhielte sich die Politik anders, deckt sich nur bedingt mit den Erfahrungen. In jedem Falle werden die Defizite auch in einem Aufschwung — zunächst jedenfalls — so hoch sein, daß sie hinreichend politischen Handlungsdruck erzeugen.

Häufig wird gegen höhere Staatsdefizite angeführt, daß sie den Zinsrückgang auf den Kapitalmärkten behindern. Für sich genommen trifft dies zu. Doch wird allzuleicht übersehen, daß ein Rückgang des Staatsdefizits, soweit er durch Ausgabenkürzungen und/oder Abgabenerhöhungen erzwungen wird, letztlich immer auch dem Unternehmenssektor Mittel entzieht und die Gewinne schmälert. Dieser Aspekt dürfte im Falle unterausgelasteter Kapazitäten eine weit größere Rolle spielen als der potentielle Zinsrückgang.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige (im Inland)	-0,3	-1,0	-0,0	-1,0	-1,0	-0,5	0,0
Arbeitszeit	-1,2	-0,5	-1,0	-1,5	0,0	-1,5	0,0
Arbeitsvolumen	-1,5	-1,5	-1,0	-2,5	-1,0	-1,5	-0,5
Produktivität ¹⁾	3,5	2,5	2,5	2,5	2,0	3,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,9	0,5	1,5	0,5	1,0	1,5	1,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	3 022,8	3 045,0	3 083,5	1 490,5	1 554,0	1 510,0	1 573,5
Westdeutschland							
Erwerbstätige (im Inland)	-0,7	-1,0	0,0	-1,0	-1,0	-0,5	0,0
Arbeitszeit	-1,1	-0,5	-0,5	-1,0	0,0	-1,5	0,0
Arbeitsvolumen	-1,8	-1,5	-1,0	-2,0	-1,0	-1,5	0,0
Produktivität ¹⁾	3,5	2,0	2,5	2,5	2,0	3,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	0,5	1,5	0,0	1,0	1,0	1,5
Nachrichtlich: in Mrd. DM	2 750,1	2 766,5	2 803,0	1 358,0	1 408,5	1 373,0	1 429,5
Ostdeutschland							
Erwerbstätige (im Inland)	1,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0,0	-0,5
Arbeitszeit	-1,9	-1,5	-1,0	-2,5	-0,5	-1,5	-0,5
Arbeitsvolumen	-0,3	-2,0	-1,5	-3,0	-0,5	-2,0	-1,5
Produktivität ¹⁾	5,9	4,0	2,5	4,5	3,5	5,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	5,6	2,0	1,0	1,0	3,0	3,5	-1,5
Nachrichtlich: in Mrd. DM	272,7	278,0	280,5	132,5	145,5	137,0	143,5
2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)							
a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 874,3	1 907,0	1 932,0	891,0	1 015,5	899,0	1 033,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 514,7	1 532,5	1 547,5	716,5	816,0	719,0	828,5
Lohnstückkosten ²⁾	110,0	111,0	111,0	106,0	116,0	105,5	116,5
Westdeutschland							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 604,9	1 630,0	1 644,0	764,0	866,0	767,0	877,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 290,2	1 302,5	1 309,0	610,5	692,0	609,0	700,0
Lohnstückkosten ²⁾	108,0	109,0	108,5	104,0	114,0	103,5	113,5
Ostdeutschland							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	269,5	277,0	288,0	127,5	149,5	132,0	156,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	224,5	230,0	238,5	106,0	124,0	110,0	128,5
Lohnstückkosten ²⁾	114,4	115,5	119,0	111,0	119,0	111,5	125,5
b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,3	1,5	1,5	2,0	1,5	1,0	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	3,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,5	1,5
Lohnstückkosten ²⁾	1,3	1,0	0,0	1,5	0,5	-0,5	0,5
Westdeutschland							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,6	1,5	1,0	2,0	1,5	0,5	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,4	1,0	0,5	1,5	0,5	0,0	1,0
Lohnstückkosten ²⁾	1,0	1,0	-0,5	1,5	0,5	-0,5	0,0
Ostdeutschland							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,8	3,0	4,0	2,0	3,5	3,5	4,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	7,7	2,5	3,5	2,0	3,0	3,5	3,5
Lohnstückkosten ²⁾	2,1	1,0	3,0	1,0	0,5	0,5	5,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
 noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 972,0	2 033,5	2 080,5	990,5	1 043,0	1 013,5	1 066,5
Staatsverbrauch	675,4	690,5	695,5	320,5	370,0	323,5	372,5
Anlageinvestitionen	751,1	748,5	766,0	349,5	399,0	366,5	399,5
Ausrüstungen	262,7	266,5	279,0	124,0	143,0	129,5	149,5
Bauten	488,4	481,5	486,5	225,5	256,0	237,0	249,5
Vorratsveränderung	25,4	22,0	26,0	25,5	-3,5	22,5	3,5
Inlandsnachfrage	3 423,9	3 494,5	3 568,0	1 686,0	1 808,5	1 726,0	1 842,0
Außenbeitrag	35,7	34,5	48,5	22,0	12,5	25,5	22,5
Ausfuhr	795,7	831,0	888,5	407,0	424,0	431,5	457,0
Einfuhr	760,0	796,5	840,0	385,0	411,5	406,0	434,5
Bruttoinlandsprodukt	3 459,6	3 529,0	3 616,0	1 708,0	1 821,0	1 751,5	1 864,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,7	3,0	2,5	3,0	3,0	2,5	2,5
Staatsverbrauch	4,5	2,0	1,0	3,0	1,5	1,0	0,5
Anlageinvestitionen	2,9	-0,5	2,5	-4,0	3,0	5,0	0,0
Ausrüstungen	1,9	1,5	4,5	0,0	3,0	4,5	5,0
Bauten	3,5	-1,5	1,0	-6,0	3,0	5,0	-2,5
Inlandsnachfrage	3,7	2,0	2,0	1,5	2,5	2,5	2,0
Ausfuhr	5,7	4,5	7,0	4,0	4,5	6,0	8,0
Einfuhr	3,4	5,0	5,5	3,0	6,5	5,5	5,5
Bruttoinlandsprodukt	4,2	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	2,5

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 726,2	1 754,5	1 768,0	855,0	899,5	862,5	905,5
Staatsverbrauch	597,8	604,5	602,0	294,5	309,5	294,0	308,0
Anlageinvestitionen	678,4	671,5	682,0	313,5	357,5	326,0	356,0
Ausrüstungen	256,6	259,5	269,5	120,5	139,0	125,0	144,5
Bauten	421,8	412,0	412,0	193,0	218,5	200,5	211,5
Vorratsveränderung	26,7	22,0	25,0	25,5	-4,0	22,5	2,5
Inlandsnachfrage	3 029,1	3 052,0	3 077,0	1 489,0	1 563,0	1 504,5	1 572,0
Außenbeitrag	-6,3	-7,0	6,5	2,0	-9,0	5,5	1,5
Ausfuhr	768,1	793,0	831,5	391,0	402,5	406,5	425,5
Einfuhr	774,4	800,5	825,0	389,0	411,5	401,0	424,0
Bruttoinlandsprodukt	3 022,8	3 045,0	3 083,5	1 490,5	1 554,0	1 510,0	1 573,5
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 010,6	3 036,5	3 075,5	1 488,5	1 548,0	1 508,5	1 567,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	1,5	1,0	1,5	2,0	1,0	0,5
Staatsverbrauch	2,1	1,0	-0,5	1,5	0,5	0,0	-0,5
Anlageinvestitionen	1,5	-1,0	1,5	-4,5	2,0	4,0	-0,5
Ausrüstungen	2,0	1,0	4,0	0,0	2,5	3,5	4,0
Bauten	1,2	-2,5	0,0	-6,5	2,0	4,0	-3,5
Inlandsnachfrage	1,7	1,0	1,0	0,0	1,5	1,0	0,5
Ausfuhr	3,8	3,5	5,0	3,5	3,0	4,0	5,5
Einfuhr	2,7	3,5	3,0	2,5	4,5	3,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,9	0,5	1,5	0,5	1,0	1,5	1,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,8	1,0	1,5	0,5	1,5	1,5	1,0

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Staatsverbrauch	2,3	1,0	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	1,4	0,5	1,0	0,5	1,0	1,0	0,5
Ausrüstungen	-0,1	0,5	1,0	0,0	0,5	0,5	1,0
Bauten	2,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Ausfuhr	1,8	1,0	2,0	1,0	1,5	2,0	2,0
Einfuhr	0,7	1,5	2,5	0,5	2,5	2,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,5	1,0	1,5	1,0	1,0	1,0

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 873,5	1 906,0	1 931,0	891,0	1 015,0	899,0	1 032,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 514,1	1 532,0	1 546,5	716,5	815,5	719,0	827,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	973,5	999,5	1 002,0	471,0	529,0	468,0	534,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	742,6	764,5	808,5	395,5	369,0	421,5	387,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	661,2	677,0	713,5	351,0	326,0	373,5	340,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	604,4	631,5	656,0	324,0	308,0	342,0	314,0
Nichtentnommene Gewinne	56,9	45,5	57,5	27,0	18,5	31,5	26,0
Volkseinkommen	2 616,0	2 670,5	2 739,5	1 286,5	1 384,0	1 320,5	1 419,0
Abschreibungen	456,2	472,0	489,0	234,0	237,5	242,5	246,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	373,4	377,0	378,0	185,0	192,0	186,5	191,5
Bruttosozialprodukt	3 445,6	3 519,0	3 606,5	1 705,5	1 813,5	1 749,5	1 856,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,2	1,5	1,5	2,0	1,5	1,0	1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,1	1,0	1,0	1,5	1,0	0,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,5	2,5	0,0	3,0	2,5	-0,5	1,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,6	2,5	1,5	2,5	2,0	1,0	2,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,9	4,0	0,5	4,5	3,5	-0,5	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,4	3,0	6,0	2,5	3,5	6,5	5,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,3	2,5	5,5	1,5	3,5	6,5	4,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	3,5	4,5	4,0	3,5	5,5	5,5	2,0
Volkseinkommen	4,6	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	2,5
Abschreibungen	3,8	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	0,1	1,0	0,5	-1,0	2,5	1,0	-0,5
Bruttosozialprodukt	4,0	2,0	2,5	2,0	2,5	2,5	2,5

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	973,5	999,5	1 002,0	471,0	529,0	468,0	534,0
Übertragene Einkommen ⁵⁾	624,4	635,5	645,5	315,0	320,5	320,5	325,5
Entnahmen ³⁾	735,4	773,0	807,0	388,0	385,0	411,0	396,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	41,2	41,5	42,0	20,5	20,5	21,0	21,0
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	62,8	65,0	67,0	32,0	33,0	33,0	33,5
Verfügbares Einkommen	2 229,3	2 302,0	2 346,0	1 121,0	1 181,0	1 145,0	1 201,0
Privater Verbrauch	1 972,0	2 033,5	2 080,5	990,5	1 043,0	1 013,5	1 066,5
Ersparnis	257,2	268,5	265,5	131,0	137,5	131,5	134,0
Sparquote (vH) ⁷⁾	11,5	11,7	11,3	11,7	11,7	11,5	11,2

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,5	2,5	0,0	3,0	2,5	-0,5	1,0
Übertragene Einkommen ⁵⁾	5,5	2,0	1,5	2,5	1,0	1,5	1,5
Entnahmen ³⁾	7,5	5,0	4,5	4,0	6,5	6,0	3,0
Verfügbares Einkommen	3,6	3,5	2,0	3,5	3,0	2,0	1,5
Privater Verbrauch	3,7	3,0	2,5	3,0	3,0	2,5	2,5
Ersparnis	3,2	4,5	-1,0	5,5	3,5	0,5	-2,5

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997
noch: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁶⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	838,2	825,5	840,0	390,5	434,5	398,0	442,0
Sozialbeiträge	669,9	703,5	727,0	332,5	370,5	344,5	382,0
Erwerbseinkünfte	40,5	37,0	37,0	23,0	14,0	23,0	14,0
Sonstige Einnahmen	39,8	41,5	43,0	18,0	23,5	18,5	24,5
Vermögensübertragungen ⁹⁾ , Abschreibungen	44,8	41,5	45,5	19,5	22,0	21,5	23,5
Einnahmen insgesamt	1 633,2	1 648,5	1 692,0	784,0	865,0	806,0	886,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	675,4	690,5	695,5	320,5	370,0	323,5	372,5
Zinsen	130,3	137,0	146,0	66,5	70,5	70,5	75,5
Laufende Übertragungen	809,8	826,5	843,5	404,0	422,0	413,0	430,5
Private Haushalte	675,2	690,5	705,0	344,0	346,5	351,5	353,5
Unternehmen	76,4	76,5	78,0	31,0	45,5	31,5	46,5
Übrige Welt	58,2	59,5	60,5	29,5	30,0	30,0	30,5
Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	283,9	49,0	49,5	17,0	32,0	17,5	32,0
Bruttoinvestitionen	85,4	82,5	80,5	36,0	46,0	36,0	44,5
Ausgaben insgesamt	1 984,9	1 784,5	1 814,5	844,0	940,5	860,5	954,5
Finanzierungssaldo	-351,7	-136,0	-122,5	-60,5	-76,0	-54,5	-68,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,4	-1,5	2,0	-2,0	-1,0	2,0	1,5
Sozialbeiträge	4,8	5,0	3,5	4,5	5,5	3,5	3,0
Erwerbseinkünfte	-24,3	-8,5	0,0	-4,5	-14,5	-0,5	1,0
Sonstige Einnahmen	1,1	4,0	4,0	5,0	3,0	4,0	3,5
Vermögensübertragungen ⁹⁾ , Abschreibungen	18,3	-7,0	9,0	-19,0	7,0	10,0	7,5
Einnahmen insgesamt	3,3	1,0	2,5	0,0	1,5	3,0	2,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,5	2,0	1,0	3,0	1,5	1,0	0,5
Zinsen	14,9	5,0	6,5	4,5	6,0	6,5	6,5
Laufende Übertragungen	5,1	2,0	2,0	3,0	1,5	2,0	2,0
Private Haushalte	6,1	2,5	2,0	3,0	1,5	2,0	2,0
Unternehmen	4,0	0,0	2,0	1,5	-0,5	2,0	1,5
Übrige Welt	-3,8	2,0	2,0	2,5	1,5	2,5	1,5
Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	—	—	—	—	—	—	—
Bruttoinvestitionen	-1,0	-3,5	-2,5	-6,0	-1,5	-0,5	-3,5
Ausgaben insgesamt	19,3	-10,0	1,5	-18,0	-1,5	2,0	1,5

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (1991=100). — 3) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 4) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 5) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — 7) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 8) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; einschließlich Bundes-eisenbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds. — 9) 1995 einschließlich der Einnahmen wegen der Übernahme des Kapitals der deutschen Kreditbank in Höhe von 5,6 Mrd. DM. — 10) 1995 mit Berücksichtigung der auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt in Höhe von 204,6 Mrd. DM und der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 30 Mrd. DM.

Quellen: 1995 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sowie eigene Berechnungen. 1996 und 1997 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 65. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit Von *Dieter Vesper*.
Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonomischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn*
und *Rudolf Zwiener*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von
Herbert Brücker.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preis-*
unterschieden. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*,
Ulrich Rendtel and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1995. 134 S. DM 98,—

Market spreading versus market concentration: The choice of export marketing strategies reconsidered. By *Harald Trabold*.

Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betrieb-
liche Handlungsspielräume. Von *Friederike Behringer*.

Kohorteneffekte auf Niveau und Entwicklung von Arbeitseinkommen im Laufe des Berufslebens — eine empirische Studie. Von
Hilmar Luckert, *Christof Kühnlein* und *Leonhard Knoll*.

Koordinierungsbedarf für die direkten Steuern bei verstärkter politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Union. Von
Thomas Döring und *Oliver Fromm*.

Individuelle Wohlfahrtseffekte einer ökologischen Steuerreform am Beispiel des Verkehrsbereiches. Von *Holger Schlör*.

Armut in der Transformation — das Beispiel Ungarn. Von *Rudolf Andorka* und *Zsolt Spéder*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1996. 137 S. DM 96,—

Transformation, Investitionen und Wachstum: Eine theoretische Perspektive. Von *Herbert Brücker* und *Wolfram Schrettl*.

Privateigentum, Privatisierung und Transformation. Von *Hella Engerer*.

Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs? Von *Wolfram Schrettl* und *Ulrich Weißenburger*.

Lessons from Five Years of Industrial Reform in Post-Socialist Central and Eastern Europe. By *Christian von Hirschhausen*.

Die Veränderung der komparativen Vorteile Mittel- und Osteuropas im Transformationsprozeß. Von *Harald Trabold* und *Carla Berke*.

Vorträge auf der 70-Jahr-Feier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung am 14. November 1995 in Berlin.

Vertiefung und Osterweiterung der Europäischen Union — *Optionen für die Währungsordnung einer EU der Zwanzig*. Von *Peter Bofinger*.

Die Handelspolitik der EU zwischen internen, assoziierungsvertraglichen und multilateralen Zwängen. Von *Fritz Franzmeyer*.

Der Beitritt zur Europäischen Union — Implikationen für Mittel- und Osteuropa. Von *János Kornai*.

A European Union View of Enlargement to Central and Eastern Europe. By *Alan Mayhew*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kütter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304